

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



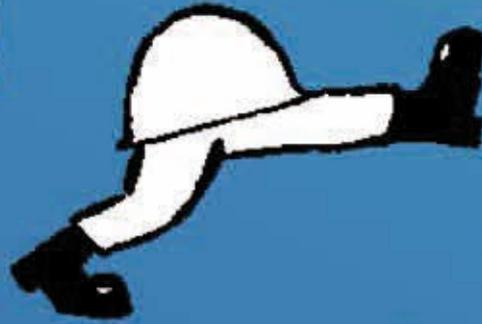
Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 5/2014 | 40. Jahrgang | 2,30 €

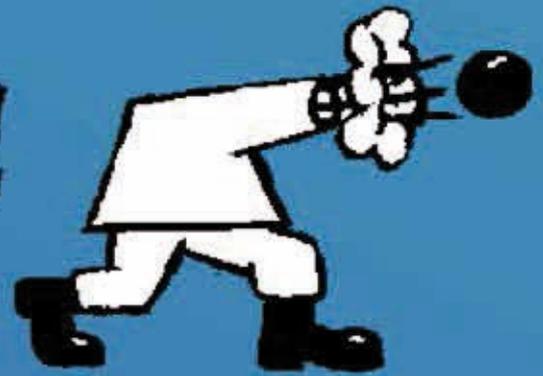
EINST + HEUTE



Befehlen



Gehorchen



Morden



Cyberkrieg im Informationszeitalter

In diesem Heft

Jürgen Grässlin:
Merkels und Gabriels
todbringende Entscheidungen

„Zurück an Absender“:
Mainzer OB erhält seinen
kriegsverherrlichenden Kranz

Kriegsministerin
eröffnet „Showroom“
in Berlin - unter Protest

Sammelrezension:
Neue Bücher
zur Ukraine

mit der Beilage
atomwaffen frei

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen.

Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Vorband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband
www.DFG-VK.de [f DFG-VK](https://www.facebook.com/DFG-VK)

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5189 26 26 [@office@dfg-vk.de](mailto:office@dfg-vk.de)

Politischer Geschäftsführer
 Monty Schädel ☎ 0177-887 1014
[@schaedel@dfg-vk.de](mailto:schaedel@dfg-vk.de)

DFG-VK-Shop Pazifix
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5189 26 26 [@material@dfg-vk.de](mailto:material@dfg-vk.de)
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
 Braunschweiger Straße 22
 44145 Dortmund ☎ 0231-818032
[@Stiftung@dfg-vk.de](mailto:Stiftung@dfg-vk.de)
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis
 •Bernd Baier [@baier@dfg-vk.de](mailto:baier@dfg-vk.de) •Roland Blach [@blach@dfg-vk.de](mailto:blach@dfg-vk.de) •Ralf Buchterkirchen [@buchterkirchen@dfg-vk.de](mailto:buchterkirchen@dfg-vk.de) •Jürgen Grässlin [@gruesslin@dfg-vk.de](mailto:gruesslin@dfg-vk.de) •Cornelia Mannewitz [@mannewitz@dfg-vk.de](mailto:mannewitz@dfg-vk.de) •Christoph Neeb [@neeb@dfg-vk.de](mailto:neeb@dfg-vk.de) •Monty Schädel [@schaedel@dfg-vk.de](mailto:schaedel@dfg-vk.de) •Torsten Schleip [@schleip@dfg-vk.de](mailto:schleip@dfg-vk.de) •Thomas Carl Schwoerer [@schworer@dfg-vk.de](mailto:schworer@dfg-vk.de)

Redaktion ZivilCourage
 Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim
 ☎ 07824-6646794 [@zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)
www.zivilcourage.dfg-vk.de
[f ZivilCourage Magazin](https://www.facebook.com/ZivilCourageMagazin)

Die ZivilCourage erscheint seitdem immer mit DFG-IdK und VK aus DFG-VK (0711-5189 26 26) sowie über die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (die ZivilCourage) und der Verband der Kriegsdienstverweigerer, die Zeitschrift Zivil Courage.

Die parteiliche Grundatzklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit! Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsverbrechen mitzuarbeiten.

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5188 56 01 [@bawue@dfg-vk.de](mailto:bawue@dfg-vk.de)
www.bawue.dfg-vk.de
[f DFG-VK Baden-Württemberg](https://www.facebook.com/DFG-VK-Baden-Wuerttemberg)

Bayern
 Schwanthalerstraße 133,
 80339 München ☎ 089-89 62 31 46
[@bayern@dfg-vk.de](mailto:bayern@dfg-vk.de)

Berlin-Brandenburg
[@b-b@dfg-vk.de](mailto:b-b@dfg-vk.de) www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen
 Villa Ichon, Goetheplatz 4,
 28203 Bremen ☎ 0421-596 49 61
[@nds-hb@dfg-vk.de](mailto:nds-hb@dfg-vk.de)

Hamburg/Schleswig-Holstein
 Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
[@hh-sh@dfg-vk.de](mailto:hh-sh@dfg-vk.de)
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen
 Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
 ☎ 069-43 14 40 [@hessen@dfg-vk.de](mailto:hessen@dfg-vk.de)
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern
 Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
 ☎ 0177-887 1014 [@mv@dfg-vk.de](mailto:mv@dfg-vk.de)
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen

Braunschweiger Straße 22,
 44145 Dortmund ☎ 0231-818032
[@nrw@dfg-vk.de](mailto:nrw@dfg-vk.de) www.nrw.dfg-vk.de

Ost
 c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
 04116 Markkleeberg ☎ 034299-766 37
[@ost@dfg-vk.de](mailto:ost@dfg-vk.de) www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz
 c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 23,
 55542 Bad Kreuznach ☎ 0671-628 78
[@rlp@dfg-vk.de](mailto:rlp@dfg-vk.de) www.rlp.dfg-vk.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit
War Resisters' International (WRI)
www.wri-irg.org [@info@wri-irg.org](mailto:info@wri-irg.org)
International Peace Bureau (IPB)
www.ipb.org [@mailbox@ipb.org](mailto:mailbox@ipb.org)

Kooperation für den Frieden
www.koop-frieden.de
[@info@koop-frieden.de](mailto:info@koop-frieden.de)

Bundesausschuss Friedensratschlag
www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
www.soziale-verteidigung.de
[@info@soziale-verteidigung.de](mailto:info@soziale-verteidigung.de)

Forum Ziviler Friedensdienst
www.forumzfd.de
[@kontakt@forumzfd.de](mailto:kontakt@forumzfd.de)

Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel
www.aufschrei-waffenhandel.de
[@kontakt@aufschrei-waffenhandel.de](mailto:kontakt@aufschrei-waffenhandel.de)

atomwaffenfrei.jetzt
www.atomwaffenfrei.de



Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus, Ausfüllen, Ausschneiden, Abschieken, Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug
 Konto _____ BLZ _____
 Bank _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____ Unterschrift _____

Ausfüllen, Ausschneiden. Abschieken an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 oder online abonnieren: www.DFG-VK.de
abonnieren

Foto: Ulrike Dornhäger



Liebe Leserin, lieber Leser,
 der Winter kommt, und mit ihm der „Friedenswinter“. Unter dem Motto „Gemeinsam für den Frieden - Friedenslogik statt Kriegsrhetorik“ wird es in den nächsten Wochen zahlreiche Demonstrationen, Aktionen und Versammlungen geben. Aufgerufen hat dazu - neben vielen anderen Organisationen - auch der DFG-VK-Bundesverband. Treffen sich hier die „alte“ und die „neue“ Friedensbewegung, wie sie sich vor allem in den an zahlreichen Orten seit dem Frühjahr stattfindenden Montagsmahnwachen zeigt? DFG-VK-lerInnen machten bei diesen höchst unterschiedliche Erfahrungen. Die reichen von der Beobachtung, dass dort teilweise höchst seltsame, unpolitische, manchmal verschwörungstheoretischen und teilweise sogar antisemitische Inhalte vertreten wurden, an anderen Orten hingegen dieselben Forderungen formuliert wurden, wie wir sie auch vertreten.

Dass wir, dass die DFG-VK keine gemeinsame Sache mit Neonazis, Faschisten, Antisemiten, Rassisten macht, das ist klar. Es gilt deshalb, vor Ort genau zu schauen, wer die Organisatoren sind und welche Inhalte sie vertreten. Sich nicht auf fruchtlose Diskussionen einzulassen, die nur zu dem Zweck geführt werden, einen Keil zwischen uns zu treiben. Und im Zweifel deutlich zu widersprechen, zu protestieren und ein Bündnis zu verlassen und eines aufzubauen, das klar und eindeutig für solche Positionen eintritt, wie sie aus unserer pazifistischen und antimilitaristischen Überzeugung und Analyse folgen. Dort, wo Krieg - egal von wem - gerechtfertigt wird, kann unser Platz nicht sein.

Und neben allem notwendigen Aktivismus sollten wir vielleicht auch wieder mehr Orte schaffen, an denen wir inhaltlich und strategisch diskutieren, Analysen erarbeiten. Wenn wir an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitarbeiten wollen, wie wir es mit unserer Unterschrift unter die WRI-Grundsatzklärung bekräftigt haben, dann müssen wir die vielfältigen Kriegsursachen erkennen, benennen, in ihrem Zusammenhang analysieren. Zur Analyse gehört auch, vielleicht vergessenes Wissen zu aktualisieren. Ich griff mir daher dieser Tage wieder einmal das nach wie vor aktuelle Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ des US-Strategen Zbigniew Brzezinski, unter Jimmy Carter Sicherheitsberater und heute Professor für US-amerikanische Außenpolitik. Zum aktuellen Ukraine-Konflikt konnte ich in dem 1997 verfassten Buch lesen: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. (...) Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden. Verlöre die Ukraine ihre Unabhängigkeit, so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuropa und würde Polen zu einem geopolitischen Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinten Europas werden lassen.“ ... es geht also weniger um Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz etc., sondern um Einflussphären und Machtpolitik - bei Obama, Putin, Merkel.

Jürgen Grässlin, ein „Aushängeschild“ der DFG-VK, ist mit seinem wichtigen „Schwarzbuch *Waffenbadel: Wie Deutschland am Krieg verdient*“ neben seinem Job als Lehrer seit Monaten immer wieder auf Lesereise unterwegs und hat schon in Dutzenden von Veranstaltungen auch für unsere Sache geworben. Nachdem er bereits mehrere Preise wie beispielsweise den Aachener Friedenspreis für sein Engagement erhalten hat, bekam er am 10. Dezember den Kirchheimbolanderer Friedenspreis 2014 und erhält am 1. März den „Amos“-Preis der Offenen Kirche Württemberg. Gratulation!

P.S. Wie gesagt, ich wollte in Brzezinskis Buch „Die einzige Weltmacht“ (im amerikanischen Original übrigens unter dem Titel „The Grand Chessboard“ erschienen) nachlesen. Allerdings konnte ich es zunächst in meinem Bücherregal nicht finden und schaute im Internet, ob es im Buchhandel überhaupt noch erhältlich sei. Auf der Amazon-Seite erlebte ich dann die große Überraschung: Zum Preis von 199 Euro hätte ich das Buch, das ich 2002 für 9,90 Euro erworben hatte, kaufen können. Der Blick ins Bücherregal könnte sich also immer mal wieder lohnen, schließlich könnte es wahre Schätze enthalten.



Inhalt

Titel

Ralf Cüppers Cyberkrieg im Informationszeitalter	4
--	---

Antimilitarismus

Jürgen Grässlin Todbringende Entscheidungen - <i>Merkel und Gabriel brechen mit ihren Rüstungsexportbewilligten Grundgesetz und Völkerrecht</i>	8
Gernot Lennert und Willfried Jaspers Kriegsverherrlichender Kranz zurück an den Oberbürgermeister - <i>Antimilitaristische Aktion in Mainz</i>	10
Frank Brendle Hoffen auf „Laufkundschaft“ - <i>Die Bundeswehr eröffnet in Berlin den ersten „Showroom“</i>	12
Ralf Buchterkirchen Ein vergessener Deserteur - <i>Vor 70 Jahren wurde das DFG-Mitglied Felix Kaszemeik bingerichtet</i>	13

Debatte

Ralf Cüppers Das ist nicht nur gegen die WRI-Grundsatzklärung, sondern auch politisch dumm - <i>Zur Debatte um Waffentlieferungen an den „Islamischen Staat“</i>	16
--	----

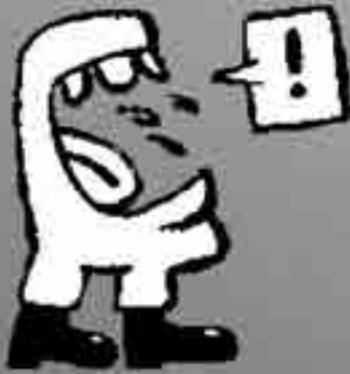
Friedenskunst

Dieter Riebe Deutscher Friedenssong-Wettbewerb 2015 - <i>Die Verbreitung von Friedens- und Antikriegsliedern aktiv fördern</i>	20
--	----

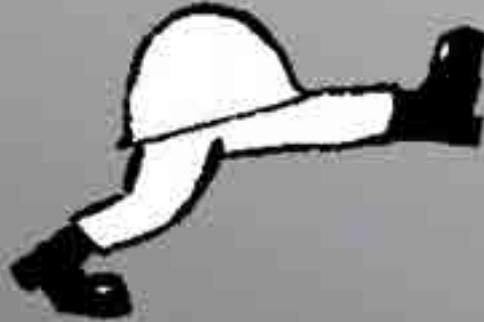
Literaturhinweise

Gernot Lennert „Ein Spiel mit dem Feuer“ - <i>Sammelrezension von neu erschienenen Büchern zur Ukraine</i>	21
US-Deserteur Shepherd: EUGH-Generalanwältin stärkt Rechte von Militär- und Kriegsdienstverweigerern	7
13. Internationale Münchner Friedenskonferenz, 5.-8. Februar 2015	14
Briefe	18
Impressum	23

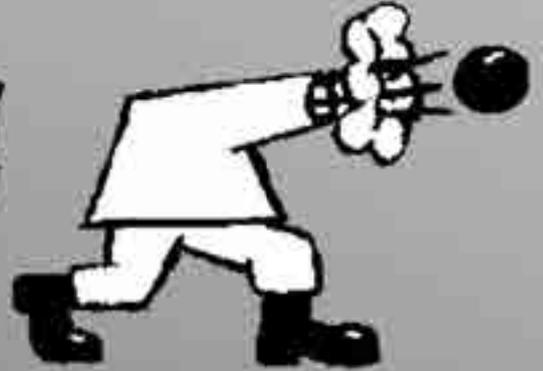
EINST + HEUTE



Befehlen



Gehorchen



Morden



Cyberkrieg im Informationszeitalter

Von Ralf Cüppers

Für die Kriegsvorbereitung und Kriegsführung im 21. Jahrhundert werden hochentwickelte automatisierte Informations- und Kommunikationssysteme benötigt. Heimlich soll die Elektronische Kampfführung (EloKa) feindliche „Ziele“, Truppenbewegungen, militärische und zivile Einrichtungen, Soldaten und Zivilisten in kürzester Zeit „aufklären“. Durch Hochtechnologie, die armen Ländern nicht zur Verfügung steht, soll

eine militärische Überlegenheit erhalten bleiben. Militärs träumen davon, so auch in asymmetrischen Kriegen Kriege führen und gewinnen zu können.

Eine politische Kontrolle dieser geheimen Kriegsführung ist nicht möglich. Demokratische Kontrolle benötigt Zeit zur Prüfung der Informationen, für Diskussion und Entscheidungsprozesse. Ziel der militärtechnischen Entwicklung ist eine sofortige Erfassung und sofortige Entschei-

dung zur Bekämpfung der „Ziele“. Das bedeutet Töten durch die Bundeswehr und Nato ohne parlamentarische Kontrolle.

Für diese Art der elektronischen, datenermittelnden und datenverarbeitenden Kriegsführung wird geheime Spezialtechnik benötigt, über deren Beschaffungsumfang und Kosten kaum Informationen verfügbar sind. Da diese Systeme in „irgendwelchen Gebäuden oder Fahrzeugen verschwinden“ wird eine öffentliche Kont-

rolle unmöglich. Sie tragen auch Namen, die für militärische und geheimdienstliche Laien, wie es auch Politiker, Parlamentsabgeordnete oder Journalisten sind, keine Rückschlüsse zulassen, wofür sie verwendet werden können – so z.B. „Intelligente Sensorverbund Nachrichtengewinnung und Aufklärung“ (ISVA Grid 2 und ISVA plus) oder „Mobcap 2000“ oder „Pawex“ oder „Sensoren zur elektronischen Lageabschätzung“.

Wenn im Bundestag über die Beschaffung von Kampfflugzeugen, Panzern oder Zerstörern beschlossen wird, hat die Öffentlichkeit eine Vorstellung davon, dass das etwas mit Krieg zu tun hat. Bei „Bundessprachenamt“, „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“, „Intelligente Sensorverbund Nachrichtengewinnung und Aufklärung“ oder „Sensoren zur elektronischen Lageabschätzung“ oder „Signalerfassende luftgestützte weiträumige Überwachung und Aufklärung SLWÜA“ wäre das kaum der Fall. Wenn also der Bundestag Mittel für „SLWÜA“ bereitstellt, dann gibt es Geld für genau diejenigen Euro-Hawk-Drohnen, die nicht zulassungsfähig sind, weil sie keinen Kollisionsschutz gegenüber zivilen Passagierflugzeugen haben - die sollen dann durch die Hintertür doch eingeführt werden.

Diese jetzt für die Bundeswehr geplanten Kampfdrohnen, die in Jagel im Kreis Schleswig-Flensburg stationiert werden sollen, sind nur ein Baustein einer auf elektronische Kommunikation und Datenverbindung gestützten Militärtechnologie mit dem Fachbegriff Network-Centric Warfare (Netzwerkzentrierte Kriegsführung).

■ Vernetzte Operationsführung

Mit der „vernetzten Operationsführung“, wie die Bundeswehr ihr Konzept nennt, soll eine Steigerung der militärischen Kampfstärke gegenüber der konventionellen Kriegsführung erreicht werden. Dies geschieht durch die Vernetzung aller re-



Google-Earth-Ansicht der Antennenanlage in Bramstedtlund

levanten Bestandteile. Die elektronische Funkaufklärung der Elektronischen Kampfführung wird mit auf Datenerfassung und -verarbeitung gestützter Informatik und den entsprechenden Kriegswaffen, zum Beispiel Kampfflugzeugen und Kampfdrohnen, verbunden.

Durch diese Vernetzung können die bisherigen Begrenzungen der militärischen Reichweite im Einsatzgebiet überwunden, die Genauigkeit der Informationen verbessert und militärische Reaktionsgeschwindigkeiten erhöht werden. Die digitale Datenübertragung ermöglicht eine Verteilung von Informationen fast ohne Zeit- und Qualitätsverlust. Um Datenverbindungen mit großer Bandbreite zur Verfügung zu haben, die für die Vielzahl der militärischen Operationen umsetzbar sind, ist die Aufrüstung mit Satelliten mit hohen militärischen Beschaffungskosten erforderlich.

Die Informationsüberlastung, die eine Folge des Verbundsystems ist, soll durch die Installierung von Wissensmanagementsystemen und „künstlicher Intelligenz“ vermieden werden, deren Aufgabe es ist, Informationsflut in Wissen umzuwandeln und entsprechend zu verteilen.

Diese Militärtechnologie umfasst auch die Optronik, eine lasergestützte 3-D-Darstellung von feindlichen Operationsgebieten und militärischen Zielen. Sie kann dazu benutzt werden, dem militärischen Gegner scheinbare Ziele zu präsentieren und den militärischen Gegner durch die Vorgabe falscher Ziele oder falscher Mannschaftsstärke zu täuschen, um die Waffenwirkung des Gegners zu reduzieren. Sie kann aber auch dazu verwendet werden, der Öffentlichkeit Szenarien vorzuspielen, die so nicht stattgefunden haben oder auch gar nicht stattgefunden haben können.

An militärischen Beispielen kann erläutert werden, wie sich durch die Vernetzung der unterschiedlichen Systeme und Methoden die militärische Reichweite, die Genauigkeit und die militärische Reaktionsgeschwindigkeit erhöhen:

Ein Soldat verfügt über seine menschlichen Sinnesorgane zur Aufnahme von Informationen über seine Umgebung. Er kann sie mit Hilfe einer Funkverbindung oder einer Datenverbindung mit anderen Soldaten erweitern. Mit dem Einsatz aller verfügbaren elektronischen und digitalen Möglichkeiten kann er auf die Sinneswahrnehmung vieler anderer Soldaten au-



Die Bundeswehr übt den Drohnenkrieg

ßerhalb seiner beschränkten Reichweite zurückgreifen. So können sich alle Soldaten im Einsatzgebiet in das Blickfeld eines anderen Soldaten einblenden. Durch die enge Vernetzung in nahezu Echtzeit würden die Soldaten zu einer kollektiv agierenden Entität verschmelzen. So können sie ihre Entscheidungen und militärischen Handlungen aufeinander abstimmen. Eine Synchronisation aller Beteiligten kann erreicht werden, so dass eine schnellere militärische Reaktion erfolgt.

Wenn feindliche Flugzeuge funkt technisch aufgeklärt werden, richten die Luftraumüberwachungsradarsysteme und die Abfangjäger ihre Sensoren auf die feindlichen Flugzeuge. Die Daten von allen Sensoren werden verarbeitet und fusioniert an alle militärischen Verteidigungssysteme übertragen. Dadurch verfügen die Boden-Luft-Raketensysteme und die Abfangjäger über eine überwältigende Menge von Daten über die militärischen Ziele und können entsprechend schnell militärisch reagieren.

Tomahawk-Marschflugkörper überfliegen ein Gefechtsgebiet und warten auf Befehle. Plötzlich entdeckt eine Aufklärungsdrohne eine Boden-Luftraketensstellung mit deaktiviertem Radar, deren Koordinaten nicht als eigene Stellung in ihre Datenbank einprogrammiert sind. Die Marschflugkörper befinden sich bereits in der Nähe der Boden-Luftraketensstellung und in wenigen Sekunden werden die GPS-Koordinaten durch einen gesicherten Kanal von der Drohne an die Marschflugkörper übertragen mit dem automatisierten Befehl, das Ziel zu vernichten. Wenn die Bundeswehr über Kampfdrohnen verfügt, kann sie die militärische Reaktionszeit noch weiter verkürzen, weil bei Kampfdrohnen die Zeit der Informationsübertragung von Aufklärungsdrohne zum Marschflugkörper entfällt.

Kein Mensch hätte die Möglichkeit, den automatisierten Vernichtungsbefehl auch



Wullenwever-Antennenanlage der Elektronischen Kampfführung, sog. Kastagnette, in Bramstedtlund

nur zu beurteilen, zu kontrollieren oder zu stoppen, etwa wenn er wüßte, dass es sich doch um eine eigene Stellung handelt, deren Koordinaten nur noch nicht in die Datenbank hinein aktualisiert wurden.

Im Konzept der „vernetzten Operationsführung“ stellt jede Einheit alle für sie relevanten Informationen allen Teilnehmern zur Verfügung, auch über die Grenzen der Teilstreitkräfte und auch über die Grenzen von nationalen Streitkräften hinweg fast ohne zeitliche Verschiebung. Gemäß des Metcalfe'schen Gesetzes, nach dem der Nutzen eines Netzes mit der Zahl der Teilnehmer steigt, hat die umfassende Weiterentwicklung der vernetzten Operationsführung einen Rückkopplungseffekt auf das Ergebnis der Vernetzung. Aber kein Teilnehmer, auch kein politisch legitimer oder militärischer Befehlshaber, könnte über das Ergebnis der Vernetzung willentlich bestimmen, denn dieses wäre nur ein Ergebnis der einprogrammierten Algorithmen. Die Programme wurden aber vorher abstrakt geschrieben ohne Möglichkeit der Kenntnis einer konkret bestimmten politischen oder militärischen Lage, die in der Zukunft eintreten könnte. Danach können die Teilnehmer nur noch einzelne Detailinformationen eingeben, ohne dass sie wissen könnten, wie sie mit ihrer Information das Ergebnis der automatisierten Informationsverarbeitung beeinflussen würden.

Diese militärische Entwicklung hat die weitere Entkoppelung militärischer Entscheidungen und militärischer Reaktionen von parlamentarischen Entscheidungen über Kriegseinsätze zur Folge, da die Kommunikation und die militärischen Entscheidungen in beinahe Echtzeit auto-

matisch innerhalb des vernetzten Systems verläuft, aus dem Menschen als Entscheidungsträger ausgeschlossen sind.

Es ist logisch unmöglich, dass mathematisch abstrakte Algorithmen der Zielerfassung von zu vernichtenden Objekten nach einer menschlichen Logik erstellt werden, in die bekanntlich auch intuitive und emotionale sowie ethisch moralische Faktoren oder humanistische Wertvorstellungen eingehen würden. Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden im Geheimen vorbereitet und auch durchgeführt. Ihre Ziele und Interessen werden nicht offengelegt und auch nicht mehr diskutiert. Damit wäre die Bundeswehr nicht mehr nur auf dem Weg, „Staat im Staat“ zu werden und militärische Interessen im Verbundsystem Nato wahrzunehmen ohne nationale demokratische Kontrolle. Vielmehr würde auch eine militärische Führung, die noch aus menschlichen Generälen und Admirälen bestünde, durch eine von niemandem mehr beeinflussbare abstrakte Roboterlogik ersetzt, wenn sie denn einmal installiert ist.

Genausowenig, wie man aus der chemischen Zusammensetzung eines Blattes Papier schließen könnte, ob auf diesem ein militärischer Mordbefehl geschrieben steht oder ein Liebesgedicht, so wenig kann man aus der Frequenz einer elektromagnetischen Welle auf militärische oder zivile Inhalte schließen. Nachdem die Taliban in Afghanistan wiederholt mit Sprengfallen erfolgreich waren, die mittels Anwahl einer Mobiltelefonnummer gezündet wurden, war die Gegenmaßnahme der elektronischen Kampfführung der Einsatz sogenannter „Jammer“ die die elektromagnetischen Wellen stören, die zur Zün-

derung der Sprengfalle führen. Die Nebenwirkung, dass beim „Jammer“-Einsatz niemand mehr mit seinem Mobiltelefon Gespräche führen kann, wäre vielleicht in Kauf zu nehmen, jedoch wurden auch die elektromagnetischen Wellen gestört, die zur Steuerung von Herzschrittmachern, in medizinischen Geräten auf Intensivstationen, bei der Steuerung von Staudämmen und Atomkraftwerken und jeglicher ziviler Infrastruktur benötigt werden. Ein Computervirus, der mit dem militärischen Ziel in Umlauf gebracht wird, die militärische Infrastruktur des Gegners zu sabotieren, kann durch nichts daran gehindert werden, auch die Computer der zivilen Anwender zu befehlen. Amerikanische Geheimdienste hatten mit israelischer, britischer und deutscher Beteiligung und einem Aufwand von mehreren Millionen Dollar einen Computerwurm namens „Stuxnet“ entwickelt, der den Iran militärisch schwächen sollte. Ziel war das Atomprogramm des Iran. Die Geschwindigkeit der Zentrifugen der Urananreicherungsanlage in Natanz wurde so manipuliert, dass diese beschädigt wurden. Diese eine Atomanlage war zwar eine zivile, der Angriff wurde aber noch mit der Gefahr der militärischen Nutzung begründet. Aber der Computerwurm hatte neben diesem einen „militärischen“ Ziel vor allem in Asien auch etwa sechs Millionen zivile Computer befallen und etwa tausend Industrieanlagen, unter anderem auch Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung.

■ GPS und US-Militär

Das globale Positionssystem GPS unterliegt ebenso wie das Internet dem Zugriff des US-amerikanischen Militärs und wird von uns nur zivil mitgenutzt. Als das amerikanische Militär zu Übungszwecken das GPS-System um einige hundert Meter gegenüber den geophysischen Koordinaten verschoben hat, liefen kurz nacheinander alle beide zivilen Fähren im Oslofjord auf Grund, so dass der Urlaubsverkehr nach Skandinavien über das Skagerrak völlig zum Erliegen kam. Sicherlich kann man den Schiffsoffizieren der beiden Fähren vorwerfen, dass sie sich ausschließlich auf ihren GPS-Rechner verließen, ohne die Schiffsposition wenigstens durch eine einfache Kompasspeilung zu überprüfen. Der Fall zeigt jedoch, wie sehr sich unsere Zivilisation von einer elektronischen und digitalen Infrastruktur abhängig gemacht hatte, die vom Militär im direkten Zugriff manipuliert werden kann.

Im Kalten Krieg wurde von beiden Militärblocken ein großer Aufwand betrieben, die Position der gegnerischen mili-

tärischen Anlagen auszusponieren. Heute reicht dafür ein Mausclick in die Satellitenbilder von Google Earth. Auch der EloKa-Standort Bramstedtlund ist erstaunlich detailgetreu abgebildet, in der besten Auflösung sind die einzelnen Antennen zu sehen. Ein Blogger wurde im Internet bekannt, weil er mit Google Earth Stellungen der ISIS-Truppen identifizierte, die vom Nato-Militär bislang wohl übersehen worden waren. Katharina Ziolkowski, als Rechtsreferentin im Verteidigungsministerium zuständig für Cyber-Völkerrecht, sagte im NDR: „Wenn der Krieg darum gehen würde, möglichst viele Informationen zu sammeln, um dadurch einen Informationsvorsprung zu haben, (...) dann wäre der größte Kriegsteilnehmer dieser Welt eine private Firma namens Google.“ Dieser US-Konzern, verfügt über so viele - auch sicherheitsrelevante - Informationen wie keine andere Organisation und auch kein Staat. Da selbst in der Bundeswehr viel „gegoogelt“ werde, verfüge das amerikanische Unternehmen über zahlreiche Informationen auch über deutsche Militärs, denn die Suchanfragen der Nutzer werden von Google ausgewertet. „Sage mir, wonach du suchst, und ich weiß, wer du bist und womit du dich gerade beschäftigst.“ So erstellt Google Persönlichkeitsprofile seiner Nutzer. Der US-amerikanische Konzern muss nach US-amerikanischer Gesetzgebung seine sicherheitsrelevanten Informationen den Sicherheitsbehörden, auch dem Militär der USA zur Verfügung stellen, da gibt es keinen Datenschutz. Und da die wichtigsten Server des Internets in der Hand US-amerikanischer Konzerne sind, wären diese auch in der Lage, das Internet abzuschalten. Im Cyberkrieg würden sie das auch tun müssen, um etwa die über das Internet abrufbaren Positionen ihres Militärs wieder zu verbergen. Das Abschalten des Internets hätte massive zivile und wirtschaftliche Auswirkungen: Die großen Konzerne haben Intranets, die über dieselben Internetverbindungen laufen und könnten nicht mehr arbeiten. Behörden und Verwaltungen würden zusammenbrechen.

Technik für den Cyberkrieg

Die Beschaffung der Technik für den Cyberkrieg erfolgt in geringer Stückzahl bei Firmen, die auch Geheimdienste ausrüsten und deren Produktpalette nicht transparent ist. Über die Vielzahl der aktuellen Antennen, Funkempfänger, elektronischen und digitalen Überwachungssysteme gibt es keinen Überblick, auch nicht über die Beschaffungskosten. Sie werden oft als Ausstattung von Kriegsge-

rät geführt. Sie erscheinen nirgendwo als Beschaffungsmaterial, es gibt auch keine Transparenz, wo sie sich befinden. Es wird keine parlamentarische oder öffentliche Diskussion über die Methoden der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung geführt, und sie ist auch nicht erwünscht.

Die Luftgestützte Unbemannte Nahaufklärungs-ausstattung (Luna) beispielsweise liefert Live-Bilder aus einer maximalen Flughöhe von vier bei einer Entfernung von bis zu 80 Kilometern. Per Livestream liefert die Aufklärungsdrohne ihre Bilder direkt zur Bodenkontrollstation und zur Luftbilddauswertung. Hersteller ist die mittelständische EMT in Penzberg Oberbayern.

Cyberkrieg ist teuer: Für die Kosten der militärischen Spionagesatelliten „Helios 2“ hätten wir 33000 Ärzten ein Jahr lang Tariflohn zahlen können. Zum Vergleich: Ein Eurofighter kostete etwa 4000 Jahresgehälter für Erzieherinnen. Die Helios-Satelliten sollen durch Muis-Satelliten (multilateral space based system) ersetzt werden. Die Auflösung der Helios-Satelliten aus 700 km Höhe wird mit 1 Meter angegeben, die Muis-Satelliten sollen noch kleinere Ziele identifizieren können mit einer Auflösung von 5 Zentimeter, die reiche aber nicht zum Lesen von Autonummernschildern oder zur Identifizierung von Personen aus, so werden wir beruhigt. Muis soll eine größere Anzahl von Bildern verarbeiten und an die Entscheidungsträger weitergeben können und das auch noch schneller, die Kosten sollen 795 Millionen Euro betragen.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Schleswig-Holstein.

Dies ist der erste Beitrag einer dreiteiligen Artikelserie, die Fortsetzungen zu Drohnen und Elektronischer Kampfführung (EloKa) folgen in den nächsten beiden Ausgaben. Die DFG-VK in Flensburg arbeitet an diesem Thema, weil mit dem EloKa-Standort Bramstedtlund/Stadum und dem Drohnenstandort Jagel die Cyberkriegführung in dieser Region konzentriert ist. Unter dem Titel „Geheime Kriege - Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung“ ist eine Broschüre erschienen, die bei der DFG-VK, Postfach 0112, 24925 Flensburg bestellt werden kann.

Der Ostermarsch 2015 wird am Karfreitag, 3. April, zum Standort des Cyberkrieges und der Elektronischen Kampfführung nach Bramstedtlund gehen. Treffpunkt ist 12 Uhr an der KZ-Gedenkstätte Ladelund.

US-Deserteur Shepherd: EUGH-Generalanwältin stärkt Rechte von Militär- und Kriegsdienstverweigerern

Im Verfahren des US-Deserteurs André Shepherd (37) hat die Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs, Eleanor Sharpston, Ende November ihren Schlussantrag gestellt. Er enthält richtungweisende Erwägungen zur Auslegung der sogenannten Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union. Mit ihr sollen unter anderem diejenigen geschützt werden, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und infolgedessen mit Verfolgung rechnen müssen.

André Shepherd, Ex-Mechaniker für Kampfhubschrauber im Irak-Einsatz, hatte sich bei einem Deutschlandaufenthalt der Fortsetzung seines Einsatzes entzogen und 2008 einen Asylantrag gestellt, der 2011 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt wurde. Die dagegen eingelegte Klage führte dazu, dass das Verwaltungsgericht München wesentliche Fragen zur Auslegung der Qualifikationsrichtlinie dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorlegte. Die Generalanwältin kam in ihrem Schlussvortrag zu folgenden Einschätzungen:

In den Schutzbereich der Qualifikationsrichtlinie fallen auch Soldaten, die nicht direkt an Kampfhandlungen beteiligt waren, wenn ihr Handeln zu menschenrechtswidrigen Handlungen beiträgt. Das BAMF hatte dies bisher verneint.

Der Deserteur muss im Rahmen des Asylverfahrens nicht beweisen, dass er in menschenrechtswidrige Handlungen verstrickt war oder werden würde, wie vom BAMF verlangt. Es genügt eine auf Tatsachen gestützte Prognose

Auch ein UN-Mandat für den Krieg, in dem der Deserteur eingesetzt war oder eingesetzt werden sollte, schließt eine Flüchtlingsanerkennung nicht grundsätzlich aus.

Der Deserteur muss im Asylverfahren nachweisen, dass er entweder ein existierendes Verfahren zur Kriegsdienstverweigerung durchlaufen hat oder aber ein solches aus konkreten Gründen nicht in Anspruch nehmen konnte.

Bei der Beurteilung der Frage, ob ein Militärdienstverweigerer Mitglied einer sozialen Gruppe im Sinne des Flüchtlingsrechtes ist, ist die Ernsthaftigkeit der Gewissensüberzeugung zu prüfen, ebenso, ob die Angehörigen dieser Gruppe in ihrem Herkunftsland ausgegrenzt würden.

Zu prüfen haben die nationalen Behörden weiter, ob die soziale Gruppe, der der Antragsteller angehört, wahrscheinlich auf diskriminierende Weise anders behandelt wird, weil ein Militärgerichtsverfahren oder eine unehrenhafte Entlassung drohen.

Das Internationale Kriegsdienstverweigerersnetzwerk Connection e.V. und Pro Asyl, die Shepherds Verfahren seit Jahren unterstützen, sehen sich, ebenso wie Shepherds Anwalt Dr. Reinhard Marx, in ihrer Überzeugung bestätigt, dass ein Schutz für Deserteure auf der Basis der EU-Qualifikationsrichtlinie möglich ist.

Rudi Friedrich von Connection e.V. erklärte: „Wenn der EUGH dem Schlussantrag folgt, wird das die Position von KDern und Deserteuren im Asylverfahren erheblich stärken.“

„Sollte das Gericht dem Schlussantrag folgen, hat dies Grundsatzbedeutung. Ich hoffe, dass Deserteure demnächst europaweit deutlich besser geschützt werden“, erklärte Bernd Mesovic von Pro Asyl.

„Der Schlussantrag stimmt mich sehr optimistisch, sowohl für mein Verfahren als auch für die Rechte von anderen Deserteuren“, so Shepherd nach Bekanntgabe des Schlussantrages.

Todbringende Entscheidungen

Merkel und Gabriel brechen mit ihren Rüstungsexportbewilligungen Grundgesetz und Völkerrecht

Von Jürgen Grässlin

Unter Bruch der Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport sowie des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) genehmigen Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel mittlerweile rund zwei Drittel der Waffenlieferungen an sogenannte „Drittländer“ außerhalb der Nato und der EU. Zu ihnen zählen zahlreiche kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, selbst Diktaturen.

Mit dieser rechtswidrigen Ausfuhrpolitik stehen CDU/CSU und SPD in der langjährigen Tradition ihrer Vorgängerregierungen, die ebenso die beiden Ausführungsgesetze zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes brachen. Doch agiert die Große Koalition derzeit hemmungsloser noch als alle Bundesregierungen zuvor: Erstmals genehmigten die Kanzlerin und mehrere Minister völkerrechts- und grundgesetzwidrige Kriegswaffentransfers an die nichtstaatlichen Akteure der Peschmerga im Kriegsland Irak.

Kann es noch schlimmer kommen? Qualitativ kaum, quantitativ ja.

Der Maghreb, der Nahe und der Mittlere Osten stellen den attraktivsten und zugleich lukrativsten Absatzmarkt für die deutsche Rüstungsindustrie dar. Zeitgleich wüten mehrere kriegerische Auseinandersetzungen, und das zuweilen seit Jahren und Jahrzehnten. Intervalle unterbrochener Kampfhandlungen dienen den Militärs verfeindeter Konfliktparteien zur neuerlichen Nach- und Hochrüstung.

Das Angenehme aus Sicht von Airbus (vormals EADS), Krauss-Maffei Wegmann, Rheinmetall, ThyssenKrupp Marine Systems, Diehl und Heckler & Koch daran ist, dass ausnahmslos alle Bundesregierungen in diesem Jahrhundert den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in diese Krisen- und Kriegsregion genehmigten bzw. bis heute genehmigen – Kontinuität also garantiert scheint. Dank einer umfassenden Parteienkoalition legalisierter CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen in Regierungsverantwortung Kriegswaffentransfers in insgesamt mehrfacher Milliardenhöhe an Staaten wie die Türkei, Israel, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Brunei, den Iran und den Irak. An Drittländer wie diese sind – abgesehen vom Nato-Partner Türkei – Rüstungsexporte durch das KWKG und das AWG untersagt.

Ein schier unüberwindliches Hindernis bestand bislang auch in der Tatsache, dass gegen Länder wie den Iran und den Irak Waffenembargos der Vereinten Nationen verhängt sind. Mit den nun erteilten Genehmigungen für Kriegswaffenlieferungen über Bagdad an die Peschmerga unterläuft die Bundesregierung das bestehende

UN-Waffenembargo gegen den Irak – und bricht damit Völkerrecht und das Grundgesetz. Gleichzeitig gießt sie mit Rüstungslieferungen Öl ins Feuer eines Krieges, dessen Opfer ein Vielfaches an humanitärer Hilfe benötigen, keinesfalls aber militärisches Gerät in der Region mit einer der höchsten Kriegswaffendichten weltweit.

Kriegswaffen-Lieferungen in den Irak sind rechtlich verboten

Ende August entschieden die Bundeskanzlerin und vier Minister von CDU/CSU und SPD in interner Runde, dass insgesamt 16 000 G3- und G36-Sturmgewehre mit 6 000 000 Schuss Munition, 40 MG3-Maschinengewehre mit 1 000 000 Schuss Munition, 8 000 P1-Pistolen mit 1 000 000 Schuss Munition, 30 Panzerabwehrwaffen Milan mit 500 Lenkflugkörpern, 200 Panzerfäuste-3 mit 2 500 Patronen, 40 Schwere Panzerfäuste mit 1 000 Patronen, 100 Signalpistolen mit 4 000 Patronen sowie 10 000 Handgranaten in das Bürgerkriegsland Irak ausgeliefert werden sollen. Diese Kriegswaffen stammen aus Beständen der Bundeswehr. Weder die Bundesregierung noch der geheim tagende Bundessicherheitsrat waren in diese Entscheidung involviert. Zynischer Weise am Antikriegstag 1. September stimmte der Bundestag in einer Sondersitzung im Nachhinein zu.

Ausdrücklich verweist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle darauf, dass nach § 69e Abs. 1 Außenwirtschaftsverordnung, der den Gemeinsamen Standpunkt 2003/495/GASP in nationales Recht umsetzt, der „Verkauf und Ausfuhr von Rüstungsgütern und sonstigem

Wehrmaterial, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste erfasst sind, in den Irak verboten“ ist. Mögliche Ausnahmen betreffen Lieferungen für die im Land stationierten multinationalen Streitkräfte, also z.B. UN-Truppen. Dagegen sind die laufenden Waffenlieferungen an nationale irakische Streitkräfte untersagt, sie verstoßen gegen das UN-Waffenembargo – und damit zugleich gegen das Völkerrecht.

Artikel 25 GG bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind. Die UN-Charta hat das frühere Recht eines souveränen Staates, einen Krieg führen zu können, abgeschafft. Deutsche Kriegswaffenexporte in den Irak sind demnach völkerrechtswidrig. Und: Die Unterwanderung eines Waffenembargos bietet anderen Staaten bei zukünftigen Waffenexporten ein extrem schlechtes Vorbild.

Als nichtstaatliche Empfänger deutscher Kriegswaffen stellen Waffenlieferungen an die Peschmerga im Nordirak einen Präzedenzfall dar, der als Türöffner für kommende Waffentransfers dienen wird. Die Büchse der Pandora ist geöffnet, weitere Waffenanforderungen anderer Staaten in Krisen- und Kriegsgebieten werden folgen.

En passant führt die deutsche Regierungselite die in dem von CDU/CSU und SPD verabschiedeten Koalitionsvertrag 2013 die Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Rüstungsexport ad absurdum. Denn gemäß diesen selbstgesetzten Richtlinien politischen Handelns darf Deutschland – wohlgemerkt mit Bezug auf das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz – „bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen“ keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter liefern.

Laut Artikel 26 GG verpflichtet sich Deutschland, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Gemäß den beiden Ausführungsgesetzen AWG und KWKG kommen Exporte nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, so bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen. Mit den aktuellen Waffentransfers wird das internationale Waffenembargo gegen den Irak unterwandert, somit Völkerrecht und Grundgesetz gebrochen.

Deutsche Waffenlieferungen sind „Brandbeschleuniger“

Neben Waffen aus Deutschland werden die Peschmerga auch mit US-amerikanischem, französischem, britischem und italienischem Kriegsgerät hochgerüstet. Die Folgen dieses Handelns sind fatal. Denn der Einsatz dieser Kriegswaffen trägt zur weiteren Gewalteskalation im Pulverfass Irak bei. Auch durch den Einsatz deutscher Waffen werden auf Jahrzehnte hinaus im Nahen Osten schwerste Menschenrechtsverletzungen ermöglicht.

Sobald die Kämpfer im Nordirak im Einsatz dieser Kriegswaffen geschult sind, können diese gegen den „Islamischen Staat“ (IS) eingesetzt und dessen Vormarsch womöglich gestoppt werden – Garantien dafür gibt es nicht, zumal der IS über hochmoderne US-Waffen verfügt, bereits jetzt schon auch über deutsche Waffen und Munition. Längst wurden erste Patronen aus deutscher Fertigung im Einsatz des IS gefunden. Heckler & Koch-Sturmgewehre des Typs G3 sind „überall“ zu finden. Das ist keine sensationelle Erkenntnis in einer Region, die schon vor den aktuellen G3- und G36-(Nach)Lieferungen überschwemmt ist mit H&K-Gewehren.

„In Syrien, wo Isis entstand, sind bei allen Kriegsparteien auch unzählige in Deutschland entwickelte G3-Sturmgewehre im Einsatz. Die Hisbollah-Kämpfer aus dem Libanon, die für Assad ins Gefecht ziehen, feuern damit ebenso wie moderate Gegner des Regimes oder selbst ernannte Gotteskrieger von der Al-Nusra-Front“, schreibt der „Zeit“-Journalist Hauke Friederichs. Am 1. September, just dem Tag des Bundestagsentscheids pro deutscher Kriegswaffenlieferungen in den Irak, publizierte die „Welt“ einen Artikel, in dem auf ein Propagandavideo verwiesen wurde. Darin präsentierten IS-Terroristen von ihnen erbeutetes Kriegsgerät. „Als die Kamera nach unten schwenkt, ist eine verpackte Rakete zu sehen. In deutscher Sprache ist darauf zu lesen ‚Lenkflugkörper DM 72 – 136 mm Panzerabwehr‘.“

Im Krieg im Irak dienen auch deutsche Waffen als „Brandbeschleuniger“. Bei kommenden Konflikten und Kriegen werden die jetzt gelieferten G3- und neuerdings zusätzlich G36-Sturmgewehre zum Einsatz kommen. Es bleibt eine Frage der Zeit, wann diese beiderseits der Front eingesetzt werden. Angesichts der Opferzahlen sind Kleinwaffen die tödlichste Waffengattung weltweit. Allein mit Gewehren werden zwei von drei Menschen in Kriegen erschossen. Tödlicher und damit verantwortungsloser kann deutsche Regierungspolitik nicht sein.

Im Wissen um die drohenden weiteren Menschenrechtsverletzungen mit deutschen Waffen und in Erkenntnis der Völkerrechtswidrigkeit der Lieferung von Kriegswaffen in den Irak fordert der DFG-VK-BundessprecherInnenkreis „von der Bundesregierung die Rücknahme der Lieferentscheidung deutscher Kriegswaffen in den Irak. Von allen an der Ausfuhr Beteiligten in der Politik, bei der Bundeswehr, beim Zoll und denen in der Abfertigung fordern wir die aktive Behinderung sowie Verhinderung der Waffenausfuhr in den Irak.“

Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen schlimmsten Ausmaßes

Die aktuellen Kriegswaffenlieferungen an den Irak stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Laut Rüstungsexportbericht der Regierung für das erste Halbjahr 2014 lag der Anteil der Waffenlieferungen in die besonders bedenklichen „Drittländer“ auf einem neuerlichen Rekordniveau von 63,5 Prozent. Dabei sind Rüstungsexporte in Länder, die nicht Mitglied der Nato oder Nato-assoziiert sind, aus rechtlicher Sicht allenfalls in begründeten Ausnahmefällen erlaubt – in ihrer großen Mehrheit sind sie schlicht verboten. Wenn die Bundesregierung zwei Drittel der Kriegswaffenexporte in „Sonstige Staaten“ genehmigt macht sie den Ausnahme- zum Regelfall.

Nach nur wenigen Monaten entpuppten sich die vollmundigen Ankündigungen von Wirtschaftsminister Gabriel, den Waffenhandel deutlich einzuschränken zu wollen, als hohle Versprechungen. Allein im jeweils ersten Halbjahr 2013 und 2014 betrugen die Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen, Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und Kriegsschiffe in Drittstaaten rund 1,4 Milliarden Euro. Rund 600 Millionen Euro entfallen auf ein bereits im Jahr 2003 zugesagtes und jetzt ausfuhrgenehmigtes U-Boot für Israel. Bekanntlich hat das israelische Militär auf deutschen U-Booten Atomraketen stationiert. Damit setzt die SPD als Regierungspartei die hemmungslose Rüstungsexportpolitik an menschenrechtsverletzende Staaten ungebrochen fort, die sie als Oppositionspartei noch vehement kritisiert hat. Kann es noch schlimmer kommen? Qualitativ kaum, quantitativ ja!

Im August genehmigte Gabriel dem Rüstungsriesen Rheinmetall Defence den Export einer ganzen Panzerfabrik nach Algerien. Dort regiert das Regime von Präsident Bouteflika seit 1999 unter massiver Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten. Dessen ungeachtet darf der Düsseldorf-Konzern eine Fertigungsstraße

zur Montage von Fuchs-Panzern und weitere Teile an Algerien ausführen. Das Joint Venture mit MAN Military Vehicles umfasst die Lizenzfertigung von rund 1 000 Radpanzern. Nach Lieferung der Bauteile werden die Panzerfahrzeuge von in Deutschland ausgebildeten Mitarbeitern vor Ort zusammengesetzt, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Linke-Abgeordneten van Aken ergab. Bereits 2008 hatte Kanzlerin Merkel nach einer Algerien-Reise die Waffentransfers genehmigt.

Dabei hätte Minister Gabriel im Sommer – seine Wahlversprechen vom Vorjahr haltend – den Bau der Panzerfabrik definitiv stoppen müssen. Immerhin obliegt die Rüstungsexportkontrolle seinem Zuständigkeitsbereich. Mit Nachdruck hätte er sich auf die von SPD und Grünen 2000 verabschiedeten und von der CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag bekräftigten Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport berufen können. Dort heißt es, dass die Menschenrechtslage im Empfängerland maßgebliches Kriterium für die Bewilligung oder Untersagung eines Waffentransfers ist. Die Menschenrechtslage in Algerien ist desaströs.

Gabriels Zustimmung zum Export der Fabrik für die Fuchs-Transportpanzer lässt das Schlimmste befürchten. Denn diese Panzerfabrik stellt lediglich den Auftakt zu einem nie gekannten Szenario dar. Bereits im Juli 2011 hatte der Bundessicherheitsrat unter Merkels Führung weitaus umfassendere Waffentransfers an die menschenrechtsverletzende Regierung Algeriens bewilligt. So soll das größte Land in Nordafrika zudem Mercedes-Militärfahrzeuge erhalten, außerdem Fregatten von ThyssenKrupp Marine Systems etc.

Schon 2013 rangierte Algerien auf Platz 1 der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen. Falls Gabriel seiner Linie treu bleibt und von der Vorgängerregierung bewilligte Waffendeals durchwinkt, wird sich daran nichts ändern. Denn bis zum Jahr 2021 sollen – ganz legal – Kriegswaffen und Rüstungsgüter im Wert von sage und schreibe 10 Milliarden Euro an das menschenrechtsverletzende Regime geliefert werden.

Sigmar Gabriel hält flammende Reden für Menschenrechte, Frieden und Freiheit. Seine Genehmigungspolitik im Rüstungsexportbereich aber ist aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen schlimmsten Ausmaßes. Verlogener kann Regierungspolitik nicht sein.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und Autor des Buches „Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient“ (München 2013).

Kriegsverherrlichender Kranz zurück an den Oberbürgermeister

Antimilitaristische Aktion in Mainz

Von Gernot Lennert und Willfried Jaspers

Ungewöhnliches geschah am 18. November im Rathaus in Mainz: Hans Ripper, Mainzer Friedensaktivist und DFG-VK-Mitglied, brachte den am „Volkstrauertag“ zwei Tage zuvor im Namen der Stadt Mainz am Kriegsmarinedenkmal aufgehängten Kranz Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) ins Rathaus zurück, versehen mit einem Begleitschreiben und dem klaren Kommentar zur Kranzaufhängung: „Das ist unmissverständlich Aufhetzung zum Krieg oder gar zum nächsten Krieg!“

Das Denkmal bezieht sich auf den im Ersten Weltkrieg „mit wehender Flagge ehrenhaft vor dem Feind im Seegefecht vor Helgoland gesunkenen“ Kreuzer namens Mainz sowie zwei weitere versenkte deutsche Kriegsschiffe und die Besatzungen. Auf dem Obelisk ist unter anderem eingemeißelt: „Den Gefallenen zum Gedächtnis - Den Lebenden zur Anerkennung - Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“

„Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“

Das geht weit über konventionelle Kriegsdenkmal hinaus. Es geht keineswegs nur um die von ihrer Regierung in den „Heldentod“ geschickten Soldaten und die übliche als Trauer getarnte Rechtfertigung von Krieg und Militär. Es ist eine unmissverständliche Aufhetzung zum nächsten Krieg.

Genau dafür wurde diese militaristische Scheußlichkeit von den Nazis 1939 errichtet. Es ging ihnen darum, die Bevölkerung ideologisch auf Krieg einzustimmen und kurz danach auch in den nächsten Krieg zu schicken.

Die Stadt Mainz bringt Jahr für Jahr einen Kranz am Denkmal an. Auf der Schleife des dort alljährlich am Volkstrauertag aufgehängten Kranzes des Oberbürgermeisters steht: „Der Oberbürgermeister“ sowie „Landeshauptstadt Mainz“. Es gibt keinerlei Distanzierung vom Text des Denkmals, weder vom auf dem Denkmal beschworenen „deutschen Kreuzergeist“ noch von der Aufforderung zur Nacheiferung im Soldatentod.

Wer dort ohne weiteren Kommentar einen Kranz aufhängt, macht sich die Botschaft des Denkmaltexts zu eigen, meint die DFG-VK Mainz. Sie hat schon seit Jahren immer wieder mit Kundgebungen, mit Schreiben an die Stadtratsfraktionen und in Veröffentlichungen die Kranzaufhängungen am Denkmal kritisiert. So gab es zum Beispiel 2009 am Kriegsmarinedenkmal eine Kundgebung im Rahmen der Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern, als sie durch Mainz radelte. 2010 wurde der Volkstrauertagkranz mit aufs Denkmal geklebten Kommentaren ergänzt.



Foto: Willfried Jaspers

DFG-VK-Aktivist Hans Ripper auf dem Weg zum Oberbürgermeister



Widerspruch im Gedenkjahr

Gerade 2014, im Gedenkjahr an den Beginn des Ersten Weltkriegs und an-

gesichts des Kriegs in der Ukraine und angesichts der Gefahr seiner Ausweitung, ist der Aufruf zur Nachfeierung im Soldatentod besonders skandalös. Er passt allerdings dazu, dass deutsche Politiker und Politikerinnen deutsche Truppen in immer mehr Kriegseinsätze schicken.

Im Februar wiederholte die DFG-VK Mainz ihre Kritik in einem Flugblatt, im April fragte sie den neuen Oberbürgermeister Ebling, warum er an einem solchen Denkmal einen Kranz aufhängt. Es werde nicht eines Schiffs, sondern „stellvertretend all den Menschen, die den Kriegen des 20. Jahrhunderts zum Opfer gefallen sind“ gedacht, hieß es in der Antwort des Oberbürgermeisters.

„Dafür ist jedoch dieses Denkmal mit seiner massenmörderischen Botschaft denkbar ungeeignet“, erklärte die DFG-VK Mainz in einem Flugblatt, in dem sie zu einer Kundgebung am 15. November, dem Vortag des Volkstrauertags aufrief. Bei der Kundgebung – mit Musik des Ensembles „Strohfeuer Express“ – versprach Waltraud Hingst, Fraktionsvorsitzende der Linken im Mainzer Stadtrat, Initiativen der DFG-VK gegen die Kriegsverherrlichung am Kriegsmarinedenkmal zu unterstützen.

Kranzergänzung

In den Tagen nach der Kundgebung wurden gleich zwei Mainzer Friedensaktivisten aktiv: Heinz-Jürgen Nieth ergänzte zunächst den Kranz mit einer Schleife. In seinem Offenen Brief an den Oberbürgermeister erläuterte er: „Um eine irrtümliche Auslegung Ihrer Kranzniederlegung zu verhindern, habe ich mich deshalb entschlossen, dem Kranz eine Schleife hinzuzufügen mit der Inschrift: *Den Opfern des dt. Größenwahns.*“

Kranzrückgabe

Am Tag danach beendete dann Hans Ripper die Heldenverehrung, indem er den Kranz abnahm und ins Büro des Oberbürgermeisters zurückbrachte. Sein Begleit-



Der ergänzte Kranz am Kriegsmarinedenkmal in Mainz

schreiben schloss er mit den Worten: „An diesem Denkmal können Sie nicht Opfern gedenken, ohne zugleich die Täterschaft der Nazis zu verherrlichen. Wollen Sie Nazitäter wirklich zu Opfern machen? Totengedenken an Kriegsdenkmälern ist eh fragwürdig. Aber am Kriegsmarinedenkmal geht das in keiner Weise. Beenden Sie den Spuk. Mit dieser Bitte bringe ich Ihnen den Kranz zurück. Der Kranz an diesem Denkmal ist zumindest eine Belästigung der Allgemeinheit. Wenn das nicht sogar eine Volksverhetzung ist. Das Kriegsmarinedenkmal ist zu einem Totengedenken ungeeignet. Ich hoffe auf Ihre Einsicht.“

In einem kurzen Film hat *Quer TV Mainz* sowohl die Kundgebung als auch die Kranzrückgabe dokumentiert. Der Link zum Film, Hintergrundinformationen und alle oben zitierten Texte sind auf der Homepage der DFG-VK Mainz zu finden: www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kriegsverherrlichung-in-mainz/

Wie weiter?

Wie wird der OB auf den zurückgebrachten Kranz reagieren? Wie wird es mit der Kriegsverherrlichung am Mainzer Rheinufer weitergehen? Und: Wird der Oberbürgermeister zur Einsicht kommen?

Antworten darauf zu gegebener Zeit auf der Homepage der DFG-VK Mainz und in der **Zivilcourage**.

Gernot Lennert und Wilfried Jaspers sind aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mainz.



Hoffen auf „Laufkundschaft“

Die Bundeswehr eröffnet in Berlin den ersten „Showroom“

Von Frank Brendle

Die Bundeswehr in der „Mitte der Gesellschaft“: Zumindest räumlich kommt die Truppe diesem Motiv mittlerweile nahe, jedenfalls in Berlin. Dort hat Kriegsministerin von der Leyen Mitte November ihren bundesweit ersten „Showroom“ eröffnet, direkt gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße. Die Georgenstraße ist nicht die prächtigste aller Berliner Ladenzeilen, aber dennoch mittendrin, flankiert von Apotheke, Schuhgeschäft und Asia-Imbiss.

zwischen einem Wirtschaftsunternehmen und der Bundeswehr noch nie dargestellt. Wer im „Showroom“ anbeißt, kann gleich einen Folgetermin im Karrierecenter im Hinterhaus vereinbaren.

„Die Laufkundschaft ist für uns das A und O“, fasste der Leiter des „Showrooms“, Hauptmann Jürgen Klau, seinen Auftrag zusammen. So zu tun, als sei die Bundeswehr ein Arbeitgeber wie der Schuhladen nebenan, mag bei manchen durchaus die Hemmschwelle zur Bewerbung sen-

land.“, innen gibt es auf 16 Quadratmetern ein paar Sitzmöbel, Wandbildschirme und – das ist schon die Attraktion des Ganzen – eine Soldatenpuppe in Tarnuniform. Und natürlich jede Menge Broschüren. Glanz und Glamour sind Fehlanzeigen. Keine martialischen Schlachtenbilder, keine Exponate von Waffensystemen. Entsprechend gelangweilt sahen die extra zur Eröffnung herangekehrten Jugendlichen denn auch aus.

Die Bundeswehr kann es noch nicht so richtig, das mit der Öffentlichkeitsarbeit – auch das wurde deutlich. Natürlich hatte sie JournalistInnen eingeladen – um diese dann, nachdem ihre technische Ausrüstung von einem Spürhund abgeschnüffelt worden war, über eine halbe Stunde in einem stickigen Raum festzuhalten und sie anschließend wieder auf die Straße zu schicken, wo die Ministerin ein kurzes Statement hielt. Komplet ungesichert, zwischen TouristInnen und rund 20 DemonstrantInnen vom Bündnis „Schule ohne Militär“, Naturfreundejugend und DFG-VK. Entsprechend missgelaunt war die Berichterstattung: „Coolness eines Wartezimmers“ (Süddeutsche Zeitung), „bescheiden“ (Welt),



Kriegsministerin von der Leyen eröffnet am 19. November in Berlin ihren ersten Bundeswehr-„Showroom“

Die Idee dahinter ist einfach: Die Probleme, für die jährlich benötigten 20 000 Neueinstellungen ausreichend BewerberInnen zu finden, werden nicht geringer. Zwar wirbt die Truppe intensiv mit Anzeigen, Messeständen und Schulbesuchen, aber wer genauer wissen will, was es mit den „Karrierechancen“ auf sich hat, muss meist noch an den Stadtrand zu einer Kaserne fahren. Und davon sind ja auch etliche schon geschlossen. Deswegen also nun der neue Laden mitten in der Stadt, wo die Jugend während des Einkaufsumbums mal eben „beim Bund“ vorbeischaun kann, um zu sehen, was es Neues gibt. Die einen bieten Klamotten an, die anderen Arbeitsplätze bzw. „Karriere“. So klein wurde in Deutschland der Unterschied

ken. Die aus Soldatenkreisen immer wieder zu hörende Kritik aber, den Rekruten von heute fehle die rechte „Haltung“, dürfte damit kaum verebben. Aber Klartext zu sprechen, um auf die Lebensgefährlichkeit des Kriegsdienstes hinzuweisen, ist in von der Leyens „Attraktivitätsprogramm“ nicht vorgesehen.

Coolnessfaktor wie im Wartezimmer

Was auf der Homepage der Bundeswehr als „moderne und offene Plattform“ beschrieben wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als ziemlich nüchtern. Außen prangt das Balkenkreuz der Truppe und der Schriftzug „Wir. Dienen. Deutsch-

„wie das Ladenlokal einer Krankenkasse“ (tagesschau.de). Den DemonstrantInnen gelang es, mit ihren Sprechchören das Statement von der Leyens derart zu übertönen, dass es auch aus der Audiodatei auf der Ministeriumsseite nicht mehr herauszuschneiden war: „Kein Werben für's Sterben.“ Aus ihrer Not eine Tugend improvisierend, lud die Ministerin die KritikerInnen zum „Dialog“ ein.

Mit kritischer Kundschaft rechnet die Bundeswehr auf jeden Fall; in die Öffentlichkeit zu gehen, heißt eben, auch auf kritische Öffentlichkeit zu stoßen. Es sei eigentlich keine Frage des „Ob“, sondern des „Wann“, bis das Schaufenster erstmals entglast werde, so Hauptmann Jürgen Klau, Leiter des „Showrooms“, in der

„Welt“. Ungünstig für diese Art von Protest ist allerdings, dass sich der „Showroom“ in einer der am dichtesten videoüberwachten Gegenden der Stadt befindet, und nur ein paar Meter neben einer Wache der Bundespolizei liegt. Ob das wohl für die Standortwahl mit entscheidend war?

Der Laden kostet 8 000 Euro Miete pro Monat. Hauptmann Klau bezeichnete das Unterfangen ausdrücklich als „Experiment“. Wenn es klappt, wird das Konzept sicherlich ausgebaut.

Rekrutierung außerhalb von Kasernenmauern ist nichts prinzipiell Neues. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke veröffentlichte zeitgleich zur Eröffnung des Berliner „Showrooms“ eine Liste von 89 Karriereberatungsbüros, die sich außerhalb militärischer Anlagen befinden. Ob diese jeweils „mitten in der Stadt“ sind, kann im Einzelfall geprüft werden, die Liste ist im Internet unter anderem auf www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2014/11/SF-11_041-Bundeswehr-Karriereberatung.pdf einzusehen.

Frank Brendle ist **ZivilCourage-Redakteur** und aktiv im **DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg**.



Der „große Bruder“ macht es (seit 1946) in seiner heimlichen Hauptstadt vor: Rekrutierungs-Pavillon des US-Militärs auf dem Times Square in New York City

Foto: Stefan Philipp

Ein vergessener Deserteur

Vor 70 Jahren wurde das DFG-Mitglied Felix Kaszemeik hingerichtet

Von Ralf Buchterkirchen

„Ich bin glücklich, in diesem Kriege und in meinem Leben keinen Menschen getötet oder ein Leid zugefügt zu haben.“ Mit diesen Worten verabschiedet sich der Pazifist Felix Kaszemeik in einem Abschiedsbrief von seiner Mutter

Vor 70 Jahren – am 27. November 1944 – wurde Felix Kaszemeik als Deserteur hingerichtet. Er wurde 30 Jahre alt. Kaszemeik war Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, die 1892 unter anderem von der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner gegründet wurde und die eine Vorgängerorganisation der DFG-VK ist.

Über Felix Kaszemeik wissen wir sehr wenig. Alle Informationen aus seinem Leben können wir nur den Urteilen der Kriegsrichter entnehmen, die ihn zweimal – zunächst am 8. September 1942 (aufgehoben durch ein Urteil des Reichskriegsgerichtes vom 18. Mai 1943) und dann am 27. November 1944 – zum Tode verurteilten. Diese Urteile sind die Wortmeldungen

der Henker, die mit ihren Begründungen ihre Taten rechtfertigen wollten. Grundlage dieses Beitrages sind diese beiden Urteile (Reichskriegsgericht vom 18.5.1943, Quelle: Haase 1993, und Gericht der 263. Infanterie-Division vom 27.11.1944, Quelle: Wüllner 1997).

Kaszemeik wird am 19. September 1914 in Erfurt geboren. Während der Schulzeit – im Alter von 15 Jahren – fand er zur DFG, der er bis zu ihrer Zerschlagung 1933 angehörte. Er war begeistert von den pazifistischen Ideen, was ihn auch immun gegen die NS-Propaganda machte. Nach dem Besuch der Volksschule ging er bis 1931 auf die kaufmännische Berufsschule. Danach arbeitete er unter anderem bei der Stadt Erfurt und bei Opel im kaufmännischen Bereich – bis zu seiner Einberufung am 6. Juli 1942. Bereits 1935 wurde Felix Kaszemeik gemustert. Bei der Musterung erklärte er sich zum Gegner des „Dritten Reiches“ und äußerte – so die Urteilsbe-

gründung aus dem Jahre 1943 –, dass er einem Einberufungsbefehl keine Folge leisten würde, da er für den heutigen Staat mit der Waffe nicht kämpfen könne. Dies wurde von der Geheimen Staatspolizei zwar zunächst nicht ernst genommen, führte allerdings zur Entlassung aus dem Job bei

Literatur

Zu Desertion ausführlich u.a. zu Deserteur in Hannover und zu Strafbataillonen als Instrument der „Aufrechterhaltung der Manneszucht“: Ralf Buchterkirchen: „... und wenn sie mich an die Wand stellen“ – Desertion, Wehrkraftzersetzung und „Kriegsverrat“ von Soldaten in und aus Hannover 1933–1945, Neustadt 2011

Weitere Quellen

Norbert Haase: Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft; Berlin 1993, S. 88 ff.
Norbert Haase/Gerhardt Paul: Die anderen Soldaten; Frankfurt/Main 1995, S. 96
Hermine Wüllner (Hrsg.): „...kann nur der Tod eine gerechte Sühne sein“; Baden-Baden 1997, S. 297 ff.

der Stadtverwaltung Erfurt. An 23. Oktober 1936 wird er zur Kurzausbildung beim Militär einberufen. Er kommt der Einberufung nach, meldet sich aber nach wenigen Tagen krank und fällt durch „Disziplinlosigkeiten“ auf. Am 10. November 1936 erklärt er, dass er nicht mehr wolle, er wird daraufhin zu fünf Wochen „geschärften Arrestes“ verurteilt. Die Begründung legt Wert darauf, dass die Weigerung nicht aus pazifistischen Gründen, sondern aufgrund der Anstrengungen, denen er nicht gewachsen sei, erfolgt wäre. Inwieweit dies eine Schutzbehauptung ist, um eine höhere Bestrafung zu vermeiden, lässt sich nicht beurteilen.

Am 5. November 1937 wird Kaszemeik zur zweijährigen Dienstpflicht in der Wehrmacht nach Ohrdruf einberufen. Nach wenigen Tagen versucht er, sich selbst zu verletzen, und wird zu sechs Monaten Haft im Wehrmachtgefängnis Gernersheim verurteilt. Dort widersetzt er sich mehrfach militärischen Befehlen und begründet dies stets mit seiner Weltanschauung. Am 9. Juni 1938 wird er zu 14 Monaten Festungshaft und Dienstentlas-

sung verurteilt. Dieses Urteil wird vom Gericht des XX. Armeekorps am 5. Juli 1938 kassiert und auf zweieinhalb Jahre erhöht. Am 4. Januar 1941 wird er entlassen.

Mit der Einführung der Strafbataillone wird Felix Kaszemeik am 6. Juli 1942 erneut eingezogen. Das Strafbataillon 500 diente als Auffangbecken für – gemäß NS-Vokabular – „wehrunwürdig“ gewordene Soldaten. Unter besonders harten Bedingungen und bei besonders ausweglosen Kämpfen sollten sie ihre „Wehrwürdigkeit“ zurückerarbeiten. Wenige Tage nach der Einberufung unternimmt Kaszemeik einen Suizidversuch mit Beruhigungstabletten. Dieser schlägt fehl. Er begründet den versuchten Suizid (so die Urteilsbegründung des Gerichtes) mit dem für ihn unauflösbaren Widerspruch, Soldat und Pazifist zu sein. Er verweigert im Folgenden die Schießausbildung und macht mehrmals öffentlich deutlich, dass er den Krieg und Adolf Hitler ablehne und eine Einigung Europas ohne Krieg anstrebe. Er wird erneut verhaftet und diesmal zum Tode verurteilt. Dieses Urteil hat jedoch keinen Bestand. Es kommt zu einer

erneuten Verhandlung vor dem Reichskriegsgericht. Das Verfahren dreht den gesamten Sachverhalt: Kaszemeik habe angestrebt, so seine Verteidigung, ein guter „Volksgenosse“ zu sein, und habe längst dem Pazifismus abgeschworen; der Suizidversuch wird mit der Schikane durch den Vorgesetzten begründet, die Befehlsverweigerung mit dem Versuch, vor ein ordentliches Kriegsgericht zu kommen in der Hoffnung auf die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen und die Anerkennung als ehrlicher Soldat.

Es ist anzunehmen, dass diese Haltung eher Strategie war, da Kaszemeik sehr wohl wusste, welche Strafe ihm droht. Er wurde ja bereits zum Tode verurteilt und konnte nur auf ein milderes Urteil hoffen.

Das Reichskriegsgericht glaubt ihm und ordnet drei Jahre Haft an. Felix Kaszemeik wird in das Wehrmachtgefängnis Torgau überstellt und kommt von dort zur Feldstrafgefangenen-Abteilung 17 und zum Einsatz an der Ostfront. Er wird verwundet und nach Genesung zum Ersatztruppendeile in das Wehrmachtgefängnis Anklam überstellt. Es folgt ein Einsatz bei der

13. Internationale Münchner Friedenskonferenz

5. bis 8. Februar 2015

Programm der Friedenskonferenz 2015

(Planungsstand 20.11.2014)

Vortrag und Diskussion; Do., 5.2.; 19.30 Uhr; DGB-Haus

Dr. Uwe Krüger (Leipzig, Journalist): Spielt die Friedensbewegung keine Rolle in den Leitmedien?

Internationales Forum; Fr., 6.2.; 19.00 Uhr; Alter Rathaussaal

Erica Chenoweth, Ph.D. (Denver, USA): Gewaltfreier Widerstand ist erfolgreich

Prof. Dr. Joachim Bauer (Uni Freiburg, Neurobiologe): Gewalt ist kein Naturgesetz

Dr. Karl Grobe-Hagel (Frankfurt, Journalist): Zivile Alternativen im Ukraine-Konflikt

Gesprächsforum; Sa. 7.2.; 10.00 Uhr; DGB-Haus

Gespräch mit den ReferentInnen des Vorabends

Aktuelle Runde; Sa. 7.2.; 19.00 Uhr; DGB-Haus

Schutzverantwortung – Herrschaftskonzept oder ein Weg zur Sicherung der Menschenrechte?

Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck (Müllheim; ehem. UN-Koordinator für den Irak); Claudia Haydt (Tübingen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Informationsstelle Militarisation); Felix Pahl (Berlin, Arbeitsgemeinschaft „Frieden & internat. Politik“ von B90/Die Grünen); Andreas Zumach (Genf, Journalist)

Friedensgebet der Religionen; So. 8.2.; 11.30 Uhr, Ev. Kreuzkirche

Positionen der Internationalen Münchner Friedenskonferenz. Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten – also vorwiegend den Staaten der NATO – vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UN-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzählige Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Bewährungstruppe z.b.V. 540. Am 1. November 1944 kommt er – selbst nach Ansicht des Gerichts vermutlich unverschuldet beim Essenholen – von seiner Einheit weg. Er wird am 13. November aufgegriffen, am 27. November verurteilt und noch am selben Tag um 14:16 Uhr hingerichtet.

Erhalten ist noch der Abschiedsbrief an seine Mutter, den der Oberstabsrichter Treichel kommentiert an seine Mutter schicken ließ. Treichel schrieb an sie (bei- de Briefe: Wüllner 1997):

„In der Anlage wird der letzte Brief Ihres Sohnes übersandt. Obgleich der Inhalt des Briefes eine völlig falsche Sachdarstellung gibt, habe ich davon Abstand genommen, den Brief zurückzuhalten, um Sie in den Besitz des Schreibens gelangen zu lassen. Zur Berichtigung des Sachverhalts, der zum Todesurteil geführt hat, bemerke ich folgendes: Ihr Sohn wurde wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt, weil er sich 14 Tage lang im rückwärtigen Gebiet herumgetrieben und sich damit dem Einsatz entzogen hat. Bei seinen Vorstrafen, bei der von ihm nicht genutzten gewährten Bewährungsmöglichkeit im Lebenskampf

für Deutschland, kam für eine derartige Pflichtvergessenheit nur die Todesstrafe in Frage. Todesanzeigen oder Nachrufe in Zeitungen, Zeitschriften u. dgl. sind verboten.“

Der Abschiedsbrief

„Meine liebe, liebe Mutter!

Ich sende Dir viele, viele Grüße und schreibe Dir, daß ich Dich unendlich lieb habe. Nur noch diesen Brief darf ich an Dich richten. Durch ein Urteil eines Divisionsgerichtes bin ich heute zum Tode verurteilt worden. Ich sage Dir im Angesicht des Todes und Du wirst mir glauben, daß ich nichts getan habe, das einer solchen Strafe wert wäre. Ich habe mich beim Essenholen verlaufen und meine Truppe verloren, habe drei Tage vergeblich gesucht und mich, nachdem man mir mit Erschießung gedroht hatte, in der Überzeugung, daß doch alles umsonst sei, mich 9 Tage in einer Scheune verborgen. Ich will nichts schreiben, ich will auch nicht über meine Richter urteilen, Gott wird alles richten und gut machen. Nur eines will ich

schreiben: Ich bin glücklich, in diesem Kriege und in meinem Leben keinen Menschen getötet oder ein Leid zugefügt zu haben. Sei Du mir nicht böse, ich bitte Dich um Verzeihung für alles, was ich Unrecht an Dir getan habe. Grüße alle Menschen, besonders Herrn und Frau Dr. Cenary, die mich gern hatten. Ich habe Dich unendlich lieb. Ich danke Dir innig, innig für alle Deine große Liebe und Güte.

Ich habe Dich unendlich lieb. Ich weiß, daß wir uns wiedersehen werden in Christi Reich. Wir wollen fest im Glauben sein. Hab innig, innig Dank für alles. Mit Christus: Auf Wiedersehen“

Und nach dem Krieg...

Der Richter Werner Treichel, seit 1933 SA-Scharführer und seit 1938 Kriegsgerichtsrat, konnte nach dem Kriege als Amtsgerichtsrat in Kiel und bis etwa 1961 als Landgerichtsrat dort seinen Dienst tun. Er wurde nie belangt.

Ralf Buchterkirchen ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg

www.friedenskonferenz.info

Ein Umsteuern ist notwendig – zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.

Von der Bundesregierung erwarten wir:

- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels

- Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben
- Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung
- Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

- Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.
- Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.
- Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.
- Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.
- Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

Trägerkreis der Friedenskonferenz: DFG-VK-Landesverband Bayern; pax christi im Erzbistum München und Freising; Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig; NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit; Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern; Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“; Kreisjugendring München Stadt; Netzwerk gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Das ist nicht nur gegen die WRI-Grundsatz- erklärung, sondern auch politisch dumm.

Zur Debatte um Waffenlieferungen an den „Islamischen Staat“

Von Ralf Cüppers

In der November-Ausgabe wurde der Beitrag „Gegen den *Islamischen Staat* hilft – leider – nur Waffengewalt“ von Haureh Hussein veröffentlicht. Er wollte damit eine Debatte anstoßen. Ralf Cüppers reagiert mit diesem Beitrag darauf.

Die Feindbildhetze gegen die „Terrorgruppe Islamischer Staat“ ist derart erfolgreich, dass ein dem autonomen Spektrum zuzuordnender Genosse, der auch am Antikriegstag gemeinsam mit uns in Bramstedlund gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und elektronischer Kampfführung demonstriert hatte, sagte, es sei jetzt erstmals so, dass er sich über einen US-amerikanischen Bombenangriff richtig gefreut hätte: „Endlich hat es einmal die Richtigen getroffen!“ Nun ist der nicht Pazifist oder DFG-VK-Mitglied wie Haureh Hussein, der den „Islamischen Staat“ ebenso dämonisiert, dass er meint, wir müssten diesmal diesen Krieg unterstützen. Das ist aber nicht nur gegen unsere WRI-Grundsatzerklärung, die jedes Mitglied, also auch Hussein, akzeptiert hat, sondern auch noch politisch dumm.

Der „Islamische Staat“ besteht zugegeben aus extrem unsympathischen Zeitgenossen, die Krieg führen und die, wie es in jedem anderen Krieg auch geschieht, massenhaft Zivilbevölkerung abschlachten. Deren Aktivisten wurden von den Nato-Staaten und deren Verbündeten wie Saudi-Arabien und Katar mit westlicher Technologie hochgerüstet, weil man sie als nützliche Idioten einsetzen wollte, das säkulare syrische Assad-Regime zu stürzen. Die Islamisten hatten die westlichen Waffenlieferungen gerne angenommen, dann aber damit eigene Ziele verfolgt, die nicht denen der Auftraggeber entsprechen. Die Nato ist nun in der Rolle des Zauberlehrlings, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird. Besonders hervorzuheben ist noch die perfide Rolle des türkischen Erdogan-Regimes, das die Islamisten in Syrien und Irak gegen die Kurden in Syrien und Irak und in der Türkei gegeneinander hetzen will, auf dass sie sich gegenseitig massakrieren mit größtmöglichem Blutgeld auf beiden Seiten. Es war kein Versehen, dass zu dem Zeitpunkt, als die amerikanische Luftwaffe die Stellungen des

Islamischen Staates angriff, um die Stadt Kobane vor deren Einmarsch zu schützen, die türkische Luftwaffe die Stellungen der kurdischen Unterstützer von Kobane aus der PKK bombardiert hatte. Nun kommt die PKK mit ihrem sozialistischen und unter Öcalans Führung zwar noch autoritärem, aber jetzt eher basisdemokratischen Erscheinungsbild wesentlich sympathischer und unterstützenswerter daher als ein Islamischer Staat, aber wir müssen doch feststellen: auch die PKK führt Krieg!

Wenn Islamisten und Kurden sich gegenseitig abschlachten, freut sich der Imperialismus.

Die Profiteure der Rüstungsindustrie verdienen doppelt daran, sie haben bereits Waffen an den Islamischen Staat geliefert, jetzt sollen sie auch an die Kurden liefern. Die werden aber nie so viele Waffen bekommen, dass sie den Krieg gewinnen könnten und ihrerseits einen eigenen unabhängigen kurdischen Staat gründen könnten, und selbst wenn deren Engagement und Opferbereitschaft dazu ausreichen würden, um zu siegen, dann würde der „Westen“ eben wieder die Islamisten stützen wie kurz zuvor in deren Kampf gegen Assad. Diese Strategie des „Westens“ ist leicht durchschaubar und „Linke“ oder „Friedensbewegte“ fallen darauf rein.

Jeder Monotheismus ist Kriegsursache

Warum sind ausgerechnet wir im christlichen Abendland so schockiert über den Islamischen Staat? Wenn im Islamischen Staat ein aus deren Sicht feindlicher Spion, aus unserer Sicht harmloser Journalist mit dem Schwert geköpft wird, ist das ein Beweis für deren angebliche Unzivilisiertheit. Man dürfe mit dem Islamischen Staat noch nicht einmal verhandeln!

Wenn im christlichen Staat USA die aus deren Sicht feindliche Spione, aus meiner Sicht antimilitaristische Friedenskämpfer,

die das US-amerikanische Atomwaffenaufrüstungsprogramm öffentlich bekannt machten – ich erinnere mit Respekt an Ethel und Julius Rosenberg, auf dem elektrischen Stuhl „gegrillt“ wurden –, dann ist der US-Präsident trotzdem weiterhin nicht nur Verhandlungspartner, sondern sogar Bündnispartner. Das US-Folterlager Guantanamo existiert immer noch trotz Obamas Ankündigung, es solle geschlossen werden. Anstatt die Folter zu beenden unterschreibt Obama jeden Dienstag ritualisiert Exekutionsbefehle, wo mit US-Drohnen Menschen ermordet werden. Im Vietnamkrieg waren immerhin noch 2 Prozent der vom US-Militär ermordeten Menschen feindliche Kämpfer, bei Obamas Drohnenkrieg sind es noch nicht einmal mehr 0,5 Prozent. Und dennoch ruft doch keiner dazu auf, wir sollten gegen die USA Krieg führen. Die einzige rechtsstaatlich akzeptable Lösung wäre, mit juristischen Mitteln gegen den Kriegsverbrecher Obama mit einem Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzugehen, wie gegen alle anderen Kriegsverbrecher auch.

Ein von Zahlen faszinierter „Infoholic“ hatte mir einmal die „Hitliste“ der widerwärtigsten Massaker in der Geschichte der Menschheit genannt, gemessen an der absoluten Zahl der Toten wie an der Relation zur Zahl der betroffenen Bevölkerung. Da seien auf den ersten sechs Plätzen neben Dschingis Khan nur christliche Massaker zu finden: Ausrottung der Indianer sowohl in Nord- als auch in Südamerika, die „Christianisierung“, also Dezimierung des heidnischen Nordens, der Friesen und der Skandinavier mit „Feuer und Schwert“, die Sklavenjagden der christlichen Kolonialisten in Westafrika und die rund um den indischen Ozean. Erst auf dem siebenten Platz kommt endlich Adolf Hitler. Und weder der Islamismus geschweige denn Stalin hätten es in die Top Ten der Massenmörder geschafft. (Wenn man ideologisch betrachtet, was den Stalinismus von anderen Varianten des Marxismus-Leninismus unterscheidet, wird man dort die Inhalte und die Folgen seiner Erziehung als christlich-georgischer Klosterschüler ent-

decken können, das wäre z.B. an Hand des von Stalin redigierten „Kurzen Lehrgang“ oder der zeitgenössischen biografischen Texte über Stalin von Michail Bulgakow nachzuvollziehen, aber ein eigenständiger längerer Artikel.) Hexenverbrennungen und Hinrichtungen von anders Gläubigen als Ketzer gehören ebenso zum christlichen Glauben wie die „Kreuzzüge“ vom Deutschen Orden bis zu George Bush. Das Christentum ist also seit Jahrtausenden die mit Abstand mörderischste Ideologie auf Erden, und dennoch rufen wir nicht zum Krieg gegen christlich regierte Staaten auf.

Der jüdische Staat hat sein Gebiet von nichtjüdischen Palästinensern ethnisch gesäubert, hat noch im letzten Gaza-Krieg Schulen und Krankenhäuser bombardiert, der Geheimdienst Mossad ist für illegale Hinrichtungen von vermeintlichen Feinden berüchtigt. Diese Verbrechen detailliert aufzuführen, würde einen dem Vorwurf aussetzen, antisemitisch oder gleich ein Nazi zu sein. Deshalb nur: Israelische Verbrechen nicht zu kritisieren, wäre Antisemitismus, denn dann würden wir diese nicht für voll nehmen. Israel muss sich für seine Kriegführung genauso verantworten wie Moslems und Christen. Wir akzeptieren, dass Juden das Recht haben, in einem jüdischen Staat zu leben, in dem jüdische religiöse Gesetze herrschen - es gibt dort noch nicht einmal eine säkulare Eheschließung - und das um den Preis, dass nichtjüdische Bevölkerung vertrieben wurde.

Was anderes machen die Islamisten? Die kämpfen für ihr vermeintliches Recht, in einem islamischen Staat zu leben, in dem nur ihre religiösen Gesetze herrschen. Wenn in Syrien oder Irak islamische Gesetze herrschen würden, müssten die dort lebenden Christen oder Jesiden eben gehen. Wir haben auch die Vertreibung der Palästinenser akzeptiert, ohne das wir gefordert hätten, den Staat Israel zu zerbomben, und das ist ja auch gut so. Das ist nicht zynisch, sondern Folge der Erkenntnis, dass ein Verbrechen nicht dadurch abgemildert wird, dass man ein noch größeres Verbrechen begeht. Ob islamische religiöse Gesetze nun besser oder schlechter sind als jüdische oder christliche, maße ich mir als Konfessionsloser nicht an zu beurteilen. Kritisch sehe ich bei allen monotheistischen Religionen die absolute Grundhaltung „Wir sind die Guten“ oder gar das „von Gott auserwählte Volk“, woraus folgt, dass alle anders Gläubigen bekämpft und vernichtet werden dürfen. Wer selbst einer der monotheistischen Religionen anhängt, kann über andere Religionen folglich nur schweigen.

Bundeswehr abschaffen!

Nicht schweigen dürfen wir zu den Verbrechen des Staates, in dem wir leben. Denn da tragen wir als Bürger eine besondere Verantwortung. Es ist leicht, auf die Verbrechen eines Islamischen Staates zu hinzuweisen, und die Verbrechen der von der christlichen Bundeskanzlerin geführten Bundesregierung nicht wahrzunehmen. Der christliche Pastor und Bundespräsident betreibt die Feindbildhetze. Dabei ist der Zusammenhang doch klar: Die Bundesregierung genehmigt die Rüstungsexporte, mit denen die Kriege geführt werden, auch die im Islamischen Staat. Die Bundesregierung verantwortet die elektronische Kampfführung der Bundeswehr, durch deren Hilfe die säkularen Herrscher der arabischen Staaten Gaddafi ermordet und Assad geschwächt wurden, so dass die Islamisten ihre Machtpositionen ausbauen konnten. Wenn dieselbe Bundeswehr nun die Kurden gegen die Islamisten aufrüstet und ausbildet, dann ist es keine „ausgleichende Ungerechtigkeit“, sondern eine zusätzliche Ungerechtigkeit, die erneut und zusätzliche Menschenleben fordert.

Vielleicht findet sich ein „Infoholic“, der unsere Bronzemedaille im Weltrüstungsexport auf die Bevölkerungszahl umrechnet oder auf die Zahl der Beschäftigten in der industriellen Produktion. Hätten wir da nicht gute Chancen, auch noch Russland und die USA zu überholen? Solange wir als ein hochgerüstetes Land über eine Bundeswehr verfügen, die sich mit Cyberkrieg, Drohnen und elektronischer Kampfführung an die Spitze eines neu-

en hochtechnisierten Rüstungswettlaufes setzt, ist es nicht hilfreich, diejenigen zu kritisieren, die sich mit archaischer Brutalität und asymmetrischer Kriegführung durchsetzen wollen. Das wäre aus militärisch überlegener Position nichts anderes als die Arroganz der Macht. Erst wenn wir unsere Bundeswehr und die Rüstungsproduktion abgeschafft haben, kämen wir in eine moralisch überlegene Position, in der wir anderen Menschen und Staaten Vorschläge machen können, wie sie ihre Konflikte zu lösen haben. Denn wir wären dann mit gutem Beispiel vorangegangen, dass Konflikte nur gewaltfrei zu lösen sind. Bis dahin bleibt uns nichts anderes übrig, als anzusehen, was wir nicht ändern können, aber z.B. auch Husseins kurdischer Verwandtschaft Asyl gewähren und kurdischen Organisationen hier freie politische (natürlich gewaltfreie) Betätigung zu ermöglichen, anstatt dass wir hier die Kurden auch als Terroristen verfolgen und verurteilen, das können wir schon jetzt.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Schleswig-Holstein.

„Ich will eine Debatte in der DFG-VK anstoßen“

Gegen den „Islamischen Staat“ hilft – leider – nur Waffengewalt
Von Haresh Hussein

Mit großem Entsetzen verfolge ich in letzter Zeit das grausame Treiben der Terrororganisation „Daesh“ in meiner Herkunfts- und Geburtsregion im Nahen Osten (Um der Thematik den augenscheinlichen, aber unberechtigten - weil falschen - religiösen Charakter zu entziehen, greife ich bewusst nicht auf das Wort „Islamischer Staat“, sondern auf die lokale Bezeichnung der Terrorgruppe „Daesh“ zurück). Mit großer Empathie lese und höre ich die Berichte über die Einzelschicksale und Erzählungen von betroffenen Menschen, die von dieser Terrorgruppe verfolgt, vertrieben, verschleppt wurden oder unter ihrem Joch leben (mussten). Es wird mir sicher niemand widersprechen, wenn ich sage, dass diese lokale Bedrohung verschwinden muss, dass den Opfern und Vertriebenen der größtmögliche Schutz und die größtmögliche Sicherheit gegeben werden und dass sie zeitnah wieder zu einem halbwegs geregelten Tagesablauf in Frieden zurückkehren müssen.

Doch wie soll die Beseitigung dieser „lokalen Bedrohung“ aussehen? Welche Antwort haben die Friedensbewegten in diesem Fall anzubieten?

Hierfür möchte ich mich zunächst auf eine Argumentationshilfe von Jürgen Grässlin, welche in der letzten Ausgabe der **Zivil Courage** angehängt wurde, berufen (Eine aktualisierte Fassung findet sich auf der Internet-Homepage der DFG-VK: https://www.dfg-vk.de/dateien/argumentationshilfe_keine-waffenlieferung...web.pdf). Dort wird ein sofortiger Stopp von Waffenexporten gefordert. Neben einer verstärkten internationalen Aufnahme von Flüchtlingen soll sowohl eine konsequente und strikte „Entwaffnung“ der Region als auch eine politische, diplomatische, in jedem Fall aber gewaltfreie Lösung erfolgen. Hier stehen viele richtige und wichtige

Nr. 4/2014 – November

ge Dinge, die die Hintergründe zur Entstehung der Daesh aufzeigen. Es werden auch Maßnahmen vorgeschlagen, wie künftig solchen radikalen Splittergruppen der Bosphäre entzogen werden kann. Einige Zeilen später werden die Waffenexporte der Bundesregierung kritisiert, da sie Grundgesetz und Völkerrecht brechen würden.

Naiv und weltfremd

Herr Grässlin erwähnt viele Punkte, die ich sofort unterschreiben würde. Doch bedauerlicherweise habe ich vergeblich mit einem Maßnahmenkatalog zur unmittelbaren Bekämpfung der Gruppe gesucht.

Die erwähnten und obendrein hochgradig utopischen Punkte bescheiden der Region, wenn überhaupt, erst in unabsehbarer Zeit einen Zustand, den „wir“ als Frieden bezeichnen könnten. Für eine kurzfristige, aber lebensnotwendige Rettung der kurdischen Bevölkerung muss aber mehr getan und besonders zu anderen zusätzlichen Mitteln gegriffen werden! Es fällt mir schwer, das zu sagen, aber wir können doch mordende Banden nicht mit Fluchtkorridoren und waffenfreien Zonen aufhalten. Wie sollen wir uns das vorstellende faschistoide Verhalten nicht aufhalten! Glauben wir denn ernsthaft, dass sich die Daish davon beeindruckt lassen werden? Ich hoffe inständig, dass wir nicht so naiv und weltfremd sind.

Was mich zu diesem Text bewegen hat, war nicht nur die indirekte Betroffenheit meiner nahezu gesamten Verwandtschaft, die in der sicheren „autonomen Region Kurdistan“ im Nordirak lebt. Sondern mir stellt sich auch die grundsätzliche Frage, ob dieser terroristischen Bedrohung überhaupt mit friedlichen Mitteln entgegenzutreten werden kann? Mir stellt sich in diesem

Kontext auch die Frage, ob es überhaupt möglich ist, als „zivilisierter“ Staat oder als eine zivilisierte internationale Organisation wie die Vereinten Nationen (UN) gegen nichtstaatliche gewalttätige Gruppen vorzugehen oder mit ihnen zu verhandeln, die jegliche Form von Pluralismus gewalt-sam unterdrücken und missachten. (Der Begriff „zivilisiert“ ist in diesem Zusammenhang nicht wertend (!), sondern im Bezug auf die weitreichendere, die Rechte einzelner Individuen berücksichtigender Gesetzelage in den westlichen Staaten zu verstehen.)

Es kann in niemandes Interesse sein, dass „wir“ mit solchen Leuten gleichberechtigt an einem Tisch sitzen und über Lösungsansätze verhandeln. Genauso wie wir faschistischen Ideologien keinen Raum zugestehen, müssen wir auch solchen Ideologien die Existenzberechtigung entziehen. Friedensgespräche und diplomatische Verhandlungen werden zwischen Akteuren geführt, die ein gewisses Maß an Anstand und den Anspruch und das Bestreben haben, Frieden zu schaffen. Die Daesh aber haben keinen Anstand. Die Daesh wollen alles Mögliche, aber keinen Frieden. Das müssen wir uns vergegenwärtigen (!), bevor wir weiter denken.

Ich will ehrlich zu euch sein: Als ich diese Argumentationshilfe gelesen habe, war ich - milde gesagt - schockiert und wollte einfach nur aus der DFG-VK austreten! Nur Markus Pflüger konnte mir einen Austritt ausreden und hat mir stattdessen aus Herz gelegt, dass es sinnvoller wäre, meine Gedanken mit euch zu teilen.

Was ich im Folgenden vorschlage, widerspricht dem Grundsatz der DFG-VK. Was ich hier formuliere, soll jedoch eine Debatte innerhalb des Verbandes anstoßen.

Die Frage nach der Ultima Ratio, die Frage ob es (überhaupt) einen legitimen



Briefe

zur Ausgabe 4 – November 2014

Zu „Ich will eine Debatte in der DFG-VK anstoßen“ – Gegen den „Islamischen Staat“ hilft – leider – nur Waffengewalt von Haureh Hussein (Seite 9)

Es hat mich sehr verwundert, dass dazu aufgefordert wird, eine Diskussion innerhalb der DFG-VK darüber zu führen, unter welchen Bedingungen Kriegseinsätze zur Beendigung von Kriegen zugestimmt werden kann.

Jede und jeder, der Mitglied der DFG-VK wird, unterschreibt doch selbst verpflichtend die Grundsatzklärung WRI, die doch eindeutig ist, und deswegen verstehe ich nicht, warum wir innerhalb der DFG-VK überhaupt über den Einsatz von Militär diskutieren müssen, wie ich es sonst gewohnheitsmäßig an Infoständen auf der Straße oder bei politischen Veranstaltungen mache.

Wenn ich jetzt dazu aufgefordert werde, auch innerhalb der DFG-VK darüber zu diskutieren, dann kann ich nur so, wie an jedem Infostand argumentieren:

1. Wenn die deutsche Bevölkerung mit mindestens einer Zweidrittelmehrheit Parteien wie CDU/CSU, Alternative für Deutschland, SPD und die Bündnisgrünen wählt, dann wählt die Bevölkerung Kriegsparteien, die Rüstungspolitik und Kriege befürworten. (Wenn ich die Nicht-Wähler nicht berücksichtige, dann sind es sogar 90 Prozent.) „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, lautete die Parole der KriegsgegnerInnen vor dem Zweiten Weltkrieg, und wer heute die genannten Parteien wählt, wählt auch den Krieg, so einfach ist es!

2. Wenn Rüstungsproduktion und Rüstungsexport und Krieg ein auch von der Bevölkerung gewähltes Mittel der Politik in den Nato-Staaten sind und der politische Zweck (wirtschaftliche, machtpolitische und geostrategische Interessen) Rüstungsexporte und Kriegseinsätze als Mittel rechtfertigt, dann müssen wir auch die Konsequenzen ertragen und es aushalten können, dass die von unserer Politik und Rüstungsindustrie ausgerüsteten Gruppen und Staaten Kriegsverbrechen begehen, und es uns zur Strafe auch im Fernsehen und in der Zeitung anschauen. Mit den eventuell dabei auftretenden Scham- und Schuldgefühle könnten wir dann ja auch so umgehen, dass wir uns gegen diese Art der Politik engagieren.

3. Ich wende mich entschieden dagegen, die Uno zu militarisieren, auch zu reformieren, denn noch ist sie besser als die allermeisten Nationalstaaten, denn sie verfügt über keine eigenen militärischen Mittel, unterhält keine Rüstungsbetriebe und verwendet keine Rüstungsgüter und exportiert sie auch nicht. Statt dessen setze mich dafür ein, die Nationalstaaten zu entmilitarisieren und zu zivilisieren, nicht um stattdessen die Uno zu militarisieren, sondern im Sinne von Bundeswehr und Militär abschaffen, dass militärische Mittel auch der Uno nicht mehr zur Verfügung stehen, auch nicht übergangsweise, weil ich befürchte, dass dann nicht geklärt werden kann, wann der Übergang beendet ist und wer das Ende des Übergangs definiert (der UN-Sicherheitsrat, in dem die mächtigen Staaten der Welt sitzen?). Auch wenn der Weg lange und mühselig ist, der andere ist und bleibt der immer gleiche mit Krieg und Zerstörung.

4. Von diesem Land, in dem ich lebe, geht jeden Tag Krieg und Terror aus, dafür schäme ich mich und fühle mich mitschuldig. An der EU-Außengrenze (alles angeblich vorbildliche, demokratische Staaten, die sich erdreisten, anderen die Demokratie beibringen zu wollen und an deren Wessen die Welt genesen soll, wenn es sein muss, auch mit Krieg) sind zwischen 2004 und 2011 dokumentiert etwa 8000 afrikanische Flüchtlinge auf dem Meer verdurstet, ertrunken, an Hitzschlag gestorben oder haben sich aus Verzweiflung ins Meer gestürzt, ihre Schiffe sind aus Seenot nicht gerettet worden; die Dunkelziffer ist unendlich höher, und auch einige ihrer Helfer sind umgekommen, weil sie von den „Grenzschützern der EU“ abgedrängt und im Meer versenkt worden sind. Fischern wurde die Lizenz und die Existenzgrundlage entzogen, wenn sie die Flüchtlinge auf ihre Boote genommen und an Land gebracht haben, um sie zu retten. Dafür ist die Agentur Frontex verantwortlich, die von den EU-Staaten gegründet worden ist und deren vorrangige Aufgabe die „Effektivierung der Abwehrpraxen der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Flüchtlingsströmen an der Außengrenze der EU ist“ und deren Effektivität todsicher ist. Über die Verbrechen der Agentur Frontex gibt es keine täglichen Schlagzeilen, weil wir da nicht hinschauen sollen – wir sollen uns

nur die Verbrechen der anderen anschauen, damit sich die Profiteure von Rüstung und Krieg über unsere Betroffenheit Zustimmung zur Kriegspolitik holen können.

Wir sind nicht besser als die anderen, und die Verbrechen, an denen wir über unsere demokratisch gewählten Volksvertreter beteiligt sind, sind im Ausmaß nicht geringer, sondern nur anders.

Meine Oma hat immer gesagt: „Du musst erst den Dreck vor Deiner eigenen Tür kehren, bevor Du den Dreck der anderen wegkehren kannst“.

Ich bin in die DFG-VK eingetreten, in der Erwartung, hier die ungefähr restlichen 10 Prozent der Bevölkerung anzutreffen, die sich entschieden gegen Militär und Krieg wenden, um mit ihnen darüber zu diskutieren, wie wir es schaffen können, die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie abzuschaffen, eine militärfreie Welt möglich zu machen, statt dessen werde ich dazu aufgefordert, über den Zweck von Kriegseinsätzen zu diskutieren, um einen Krieg zu beenden, und setze mich mit den selben Argumenten auseinander, wie es die so genannten „Realpolitiker“ tun, die doch nur getarnte Kriegspolitiker sind.

Militarismus beginnt nicht vor dem Kasernentor und auch nicht vor dem Eingang zum Rüstungsbetrieb, er beginnt in unseren Köpfen, und so lange wir militärische Möglichkeiten und militärische Lösungen als gerechtfertigt betrachten und uns Szenarien ausdenken, in denen sie sinnvoll wären, sind wir Militaristinnen und Militaristen, eben dann auch in der DFG-VK.

Besser ist es, sich an Aktionen gegen die Aufrüstung und die Existenz der Bundeswehr zu beteiligen und bei der Initiative Bundeswehr abschaffen in der DFG-VK mitzumachen. Infos unter www.bundeswehrabschaffen.de

Siglinde Cüppers

Zu *Sprache schafft Realität* von Ralf Buchterkirchen (Seite 25)

Es ist richtig und wichtig darauf hinzuweisen, dass auch die DFG-VK sprachliche Diskriminierungen noch nicht vollständig überwunden hat. Allerdings enthält zumindest der Teil des Artikels über die sprachliche Diskriminierung von Frauen nichts Neues. Ich verweise auf die Veröffentlichungen von Luise F. Pusch und Sen-

ta Trömel-Plötz, die das bereits vor etwa 30 Jahren angeprangert haben und von deren Erkenntnissen vieles, leider, immer noch zutrifft. Und das, obwohl Frauen die Mehrheit sind. Denn **der** Mehrheitsdeutsche, der in dem Artikel einige Male erwähnt wird, ist in Wahrheit eine **die**: Laut Statistischem Bundesamt sind 51 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen weiblich.

Den sprachlichen Lösungsvorschlag mit dem Gender Gap kann ich nicht unterstützen. Es mag sein, dass sich Transgender und andere dadurch eher mitgemeint fühlen; als Frau fühle ich mich aber erneut diskriminiert. Ich möchte das am Beispiel Ostermarschierer_in erläutern: Zuerst kommt der Ostermarschierer, das heißt der Mann. Dann folgt eine Lücke (engl. gap), also nichts. Und ganz am Ende kommt klein und verschämt als Anhängsel die weibliche in-Endung. Dagegen wird durch das große Binnen-I bei OstermarschiererIn deutlich, dass hier etwas ganz Wichtiges folgt, weshalb ich diese Schreibweise auch beibehalten werde.

Es tut mir leid, aber es ist nun mal unmöglich, es allen recht zu machen. Einzelne Menschen(gruppen) werden sich durch Sprache immer diskriminiert oder ausgeschlossen fühlen. Im Übrigen habe ich in der aktuellen **ZivilCourage** (4/2014) eine erstaunliche sprachliche Vielfalt gefunden: großes Binnen-I, Unterstrich, Sternchen ... Anders ausgedrückt: Jede und jeder schreibt so wie sie/er will. Vielleicht sollten wir das einfach beibehalten.

Renate Seibold

Zu Wie glaubwürdig ist ein Pazifist, der nach dem Ostermarsch ein Schnittzel isst? von Gerhard Siefert (3/2014, Seite 24) **und den Briefen dazu** (4/2014, Seite 28)

Mit 63 Jahren bin ich in diesem Sommer der DFG-VK beigetreten. Als langjährig vegetarisch lebender Mensch habe ich interessiert und erfreut den meiner Meinung nach sachlich-fundiert geschriebenen, zum Nachdenken anregenden Artikel von Gerhard Siefert gelesen.

Ich war mir sicher, dass es Kommentare und Rückmeldungen, sicher auch Widerspruch geben würde. Allerdings habe ich nicht mit einer derart wütend, ja fast hasserfüllt klingenden Attacke gegen die vegetarische Lebensweise gerechnet wie der von Felix Oekentorp. Da ist ja fast alles an (Schein-)Argumenten aufgelistet, was von einem sich persönlich angegriffen fühlenden Fleischesser (und auch von Fleischherzeugern und deren Propagandaabteilungen) immer wieder gerne angeführt

wird. Bedauerlich, dass dem so viel Raum in der Rubrik Briefe gegeben wurde.

Ach ja: Falls es nach dem nächsten Beitrag zum Thema dann tatsächlich zu Austritten aus der DFG-VK kommen wird, wie Thomas Weller androht: Lassen Sie es mich wissen. Ich werde dann meinen Beitrag erhöhen.

Heinz H. Bleidick

Die Reaktionen von Felix Oekentorp und Thomas Weller auf den Beitrag von Gerhard Siefert halte ich für völlig unangebracht. Wer sich zu Gewaltfreiheit bekennt sollte zumindest anerkennen wenn Menschen auch gegenüber Tieren gewaltlos sein wollen. Ich habe einige Tage das Leid bei Massentierhaltung und in Schlachthöfen erlebt - seitdem bin ich Vegetarier.

Hans Brauchle

Dass Felix Oekentorp so viel Platz für seine kaum zu überbietende Polemik, gepaart mit absoluter Unkenntnis bzw. Ignoranz eingeräumt wird, hat mich entsetzt. Fast ein Stil, wie in den übelsten Internet-Foren.

Offensichtlich gibt es in der DFG-VK Mitglieder, die noch nicht einmal friedlich denken können oder wollen, doch solch aggressive „Pazifisten“ sollten in der **ZivilCourage** kein Forum finden.

Inhaltlich auf ihn einzugehen, wäre Satire pur (wenn er es z.B. als zumindest lächerlich hinstellt, krumme Gurken zu essen, statt sie wegzuzwerfen???)

Die Zustände in der Massentierhaltung und die Folgen auch für unsere Gesundheit (z.B. Antibiotika) sind wohl hinlänglich bekannt - zumindest für jeden, der weder Augen noch Ohren verschließt. Fast alle Wissenschaftler pfeifen es mittlerweile von den Dächern, dass wir u.a. mit dem wachsenden Fleischkonsum die Ressourcen unserer Erde überfordern. Auch wenn es nur ein Mosaikstein ist, und auch wenn die Gesamtfolgen zunächst fast ausschließlich die armen Länder zu tragen haben.

Die größte Bedrohung unseres Friedens kommt nach meiner Meinung nicht mehr von der spiralförmigen Hochrüstung, so falsch und gefährlich die auch ist, sondern von der extremen Schiefelage im „Globalen Dorf“. Wenn auch nur ein Teil der Rüstungsausgaben in zivile Projekte umgeleitet würde, besonders bevor ein Flächenbrand entsteht, wäre das natürlich ein Riesenschritt. Aber er würde nicht reichen! Wir in der sogenannten „westlichen Welt“ müssen unser Ess- und Konsumverhalten (u.a. Wegwerfgesellschaft) dem Leistungsvermögen unseres Planeten anpassen und auch das „Goldene Kalb Wachstum“, um das wir fast alle tanzen, in Frage stellen.

Wenn nicht vorausschauend freiwillig, dann überrollen uns die Folgen und „Frieden“ wird auch für uns zu einem Begriff aus vergangenen kurzen Zeiten.

Eigentlich ein brisantes Thema für eine Friedensgesellschaft.

Wilfried Maschke

Zu „Bundeswehr abschaffen“ bilft von S. und R. Cüppers (2/2014, Seite 10)

Bundeswehr abschaffen, wie Siglinde und Ralf Cüppers es fordern, hilft garantiert, um sich nicht nur von „Rechten“ deutlich zu distanzieren. Sondern auch um alle Pseudopazifisten, nationale Landesverteidiger und Antidemokraten richtig einzuordnen. Denn jeder, der irgendwann gegen „widerstrebende Bevölkerungsteile“ regieren will oder Großmachtambitionen hat, braucht dazu Militär. Und gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Die „Amtshilfe“ der 2013 neu aufgestellten 27 Heimatschutz-Kompanien, die die Polizei bei sozialen Unruhen und dergleichen unterstützen soll, ist darum ein deutlicher Hinweis auf die Zukunftserwartungen der Regierung(en) und auf die weitere Militarisierung der Gesellschaft. In der vor allem Konzepte zur sozialen Entwicklung der Welt auf Kosten der militärisch-industriellen Interessengruppen verteuert werden. Dabei ist schon einmal im „Spiegel“ 52/1990 die Umwandlung der Bundeswehr in eine „Ökotruppe“ oder einen Katastrophenhilfsdienst diskutiert worden. Weil die Forderung - löst die Bundeswehr auf - dem Ex-Nato-Befehlshaber General Schmückle zu unpolitisch war, um ernst genommen zu werden. Und es ist schon erstaunlich, dass der 19. Bundeskongress der DFG-VK 2013 den Antrag der DFG-VK-Gruppe Münster abgelehnt haben soll, die Bundeswehr durch eine Konversion in einen zivilen Hilfsdienst zu verwandeln, obwohl damit auch der Weg zur Realisierung der „theologischen Utopie“ Schwerter zu Pflugscharen beschritten worden wäre.

Und die Selbstdarstellung der Bundeswehr anfangs in Afghanistan als „Entwicklungshelfer in Uniform“ zeigte, wie sehr sich die Bundeswehr in dieser Rolle gefiel.

Wenn nun auch Rupert Neudeck in „Publik-Forum“ (16/2014) die Abschaffung der Bundeswehr - zugunsten einer Uno-Welt-polizei - fordert, um von den nationalen Armeen mit ihrer Interessenpolitik wegzukommen, die „nur zu oft effektive Blauhelmeinsätze verhindern“, wird eine neue Schwerpunktsetzung der Friedensbewegung erforderlich. Denn nur Wunschvorstellungen zu formulieren „ist ein Weg ohne Ziel ...“

Werner Kubn

Deutscher Friedenssong-Wettbewerb 2015

Die Verbreitung von Friedens- und Antikriegsliedern aktiv fördern

Von Dieter Riebe

Im Jahr 2012 organisierte die DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg ihren ersten Friedenssong-Wettbewerb. Auf der CD „Songs für den Frieden Vol. 01“ befinden sich viele der eingereichten Songs. Der Erlös aus dem Verkauf dieser CD wird für den nächsten Friedenssong-Wettbewerb im kommenden Jahr verwendet werden.

Beteiligung von professionellen und auch von unbekanntem Musikern zum Nachdenken über den Frieden anregen sowie einen Anstoß geben, sich beispielsweise in der Friedensbewegung für den Frieden zu engagieren“, erläutert der Vorsitzende Dieter Riebe von der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg. „Auch macht uns, trotz des hohen Zeitaufwandes, die Beschäftigung mit der Musik und sinnvollen Liedtexten persönlich Spaß. Für die Friedensarbeit in der Gruppe ist der gemeinsame Spaßfaktor eine wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes Engagement. Ein weitere Motivation ergibt sich aus den vielen, anregenden Kontakte mit zahlreichen, friedenspolitisch aufgeschlossenen Künstlern und MusikerInnen.“

Die DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg organisiert den *Deutschen Friedenssong-Wettbewerb* ehrenamtlich. Der erste Wettbewerb wurde von Frans Valenta (Medien, Graphik) und Dieter Riebe (Kontakte, Koordination) organisiert. Nun sind noch Helmut Jawtusch und Uwe Schierhorn hinzugekommen, die sich vor allem um Adressenlisten und die Webseite www.friedensmusik.de kümmern.

Durch den Wettbewerb soll das Texten, Vertonen und Verbreiten neuer Friedens- und Antikriegslieder aktiv gefördert werden, ganz nach dem Motto: „Jede Veränderung vollzieht sich zuerst im Denken.“

Die Organisatoren freut es besonders, dass Konstantin Wecker den Wettbewerb 2015 als Schirmherr unterstützt und dadurch hilft, ihn bekannter zu machen. Mit ihm als Wunschkandidat wurde ein hochkarätiger Musiker und Texter für diese Aktion gewonnen, der sich im besonderen Maße durch sein friedenspolitisches Engagement auszeichnet.

Um den Anreiz zur Teilnahme zu steigern wurde das Preisgeld auf insgesamt 5 300 Euro erhöht und damit gegenüber 2012 mehr als verdoppelt. Nach den Bedingungen können alle Altersstufen und kann jedes Musikgenre teilnehmen. Das Musikstück darf keine Cover-Version sein, der Liedtext sowie die Melodie müssen von den Teilnehmern eigenständig er-

stellt und als mp3-Datei produziert sein. Die Liedtexte sollen sich mit den Bedingungen für Frieden, mit dem Wettrüsten, Waffenhandel oder mit den Auswirkungen von Kriegen beschäftigen. Die genauen Teilnahmebedingungen können auf der Webseite <http://dfg-vk-bonn-rhein-sieg.de> unter „Friedenssong-Wettbewerb 2015“ eingesehen werden. Die Beiträge können ab dem 1. Januar 2015 bis zum 30. Mai eingereicht werden.

Der kalkulierte Kostenaufwand für den Wettbewerb liegt zwischen 10 000 und 12 000. Wir sind froh, dass uns einige DFG-VK-Gruppen und der Pazifix-Verband beim Verkauf der CD „Songs für den Frieden Vol. 01“ unterstützen, die dadurch nebenbei etwas Geld für ihre eigene Arbeit erwirtschaften. Wir hoffen auf Unterstützung durch Sponsoren sowie Spenden, denn bisher ist erst die Hälfte der Kosten gedeckt. Wir freuen uns, dass der DFG-VK-Bundesverband bisher 800 Euro zugesagt hat. Da wir mit dem DFG-VK-Bildungswerk NRW e.V. zusammenarbeiten, kann man unter dem Stichwort *Friedenssong-Wettbewerb* spenden und bekommt von dort einen Steuerbescheinigungen über den Spendenbeitrag.

Der *Deutsche Friedenssong-Wettbewerb 2015* wird vom weithin bekannten Konzertveranstalter Harmonie Bonn unterstützt. Das Abschlusskonzert findet am 19. September 2015 um 19 Uhr in der Harmonie Bonn statt (www.harmonie-bonn.de).

Wir bitten alle, die den Friedenssong-Wettbewerb gut finden, um Unterstützung:

- Verbreitet die Informationen zum Deutschen Friedenssong-Wettbewerb 2015 auf eurer Webseite, in sozialen Netzwerken, per E-Mail etc.
- Fordert den Flyer „Songs für den Frieden“ an und verteilt ihn im Bekanntenkreis.
- Sprecht euch bekannte Personen an, die Interesse an einer Teilnahme haben könnten.
- Teilt uns Ideen, Anregungen, Rückmeldungen mit unter friedensmusik@dfg-vk.de.

Dieter Riebe Vorsitzender der DFG-K-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg.



„Wir wollten neue Wege gehen, um Friedensgedanken den BürgerInnen näher zu bringen und die grundlegende Ablehnung von Kriegen in der Bevölkerung wach zu halten. Mit dem Medium Musik haben wir eine bisher von der Friedensbewegung vernachlässigtes Medium aufgegriffen. Wir wollen über die Musik, durch

„Ein Spiel mit dem Feuer“

Sammelrezension von neu erschienenen Büchern zur Ukraine

Von Gernot Lennert

Ein Gegenpol zur hierzulande dominierenden pro-westlichen Medienberichterstattung bilden die Bücher von Bittner und Queck sowie zwei sich inhaltlich überschneidende Sammelbände: *Ein Spiel mit dem Feuer* (kurz: *Spiel*), herausgegeben von Peter Strutynski, bekannt als Koordinator des Friedensratschlags, aus dessen Spektrum auch die AutorInnen kommen, sowie *Ukraine im Visier* (kurz: *Visier*) vom Selbrund-Verlag, der auch die Zeitschrift *Hintergrund* verlegt, in der auch einige der Buchautoren mitarbeiten. Sechs Autoren sind in beiden Werken vertreten. Die vier Bücher schildern ausführlich und diverse Aspekte der expansiven Politik westlicher Staaten und Organisationen im geopolitischen Ringen um die Ukraine und Eurasien.

Die Explosivität des EU-Ukraine-Abkommens

Jürgen Wagner analysiert mit je einem Beitrag in den beiden Sammelbänden die geostrategischen Ambitionen der Europäischen Union. *Expansion durch Assoziierung. Die Ukraine und Europas neoliberal-imperiale Erweiterungsstrategie zur Weltmacht*, so der bezeichnende Titel seines Beitrags in *Spiel*. Die EU will nicht nur über die *Europäische Nachbarschaftspolitik* Länder in Osteuropa, Kaukasien und am Mittelmeer politisch an sich binden und neoliberale Abhängigkeitsverhältnisse durchsetzen, sondern verfolgt auch ein geopolitisches Großraumkonzept, das Zentralasien sowie große Teile Afrikas und des Indischen Ozeans einbezieht. Wagners Darstellung des weithin unbekannt, aber sehr brisanten militärischen Teils des Assoziationsabkommens zwischen EU und der Ukraine macht die Explosivität dieses Abkommens verständlich. Auch die transatlantischen Differenzen zwischen Politik der USA und europäischen Staaten werden deutlich.

„Berichterstattung mit Schlagseite“

Die beiden Sammelbände beleuchten ausführlich die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien. Ein besonders krasser Fall von Desinformation war das

hartnäckig verbreitete Medienmärchen von den angeblichen OSZE-Beobachtern, die keine waren. Als eines von zahlreichen Beispielen, wie westliche Medien mit zweierlei Maß messen, nennt David Goeßmann (*Berichterstattung mit Schlagseite*, in: *Visier*) dass sie den Euromajdan in einer Weise mit Sympathie bedachten, die bei vergleichbaren Protesten in Ländern der EU undenkbar wäre.

Gellermann (*Ukraine, ARD & ZDF*, in: *Spiel*) bemängelt die Erfindung der „Pro-Russen“ durch ARD und ZDF. Bei aller berechtigten Medienschelte kann ich nicht nachvollziehen, warum es falsch sein soll, diejenigen, die russische Fahnen schwenken, sich zur „russischen Welt“ (*russkij mir*) bekennen oder sich direkt für den Anschluss an Russland einsetzen, pro-russisch zu nennen. Goeßmann urteilt: Das Bild, „das *Tagesschau*, *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* skizzierten, war und ist, wenn überhaupt, nur die halbe Wahrheit. Die halbe Wahrheit ist aber nun einmal nicht die Wahrheit.“ (S. 251)

Hier stellt sich jedoch die Frage, warum die beiden Sammelbände der westlichen Medienpropaganda jeweils fünf (*Visier*) und drei (*Spiel*) durchaus informative Beiträge widmen, aber nicht auf die Gegenseite eingehen, obwohl doch Russland in beiden Buchtiteln genannt wird. Sollte es dort keine einseitige Propaganda geben? Falls ja, wäre dies weltgeschichtlich wirklich einmalig und allein deswegen schon darstellenswert.

Die Rolle faschistischer und antisemitischer Strömungen und mit ihnen verbundener reaktionärer und homophober Kirchenkreise wird in mehreren Beiträgen angeprangert, ebenso dass der faschistische Anteil an der Majdan-Bewegung und an der Regierung von Jazenjuk in Deutschland von Medien, Regierungsparteien und Grünen in einer „Verniedlichungsarie“ (Susan Witt-Stahl in: *Spiel* S. 205) systematisch heruntergespielt wurde. Überraschend ist, dass ausgerechnet der vermeintlich liberale Klitschko die Christopher-Street-Day-Demonstration in Kiew untersagt hat, die unter Janukowytsch noch stattfinden konnte. (Matthias Rude: *Die gekaufte Revolution*, in: *Visier*)

Sammelbesprechung dieser Bücher

Bittner, Wolfgang: Die Eroberung Europas durch die USA. Zur Krise in der Ukraine. VAT, Mainz 2014, 146 Seiten, 12,90 Euro

Danyluk, Roman: Kiew Unabhängigkeitsplatz. Verlauf und Hintergründe der Bewegung auf dem Majdan. Edition AV, Lich 2014, 178 Seiten, 14 Euro

Kurkow, Andrej: Ukrainisches Tagebuch. Aufzeichnungen aus dem Herzen des Protests. Haymon, Innsbruck/Wien 2014, 280 Seiten, 17,90 Euro

Queck, Brigitte: Die Ukraine im Fokus der NATO. Russland – das eigentliche Ziel. Zambon, Köln 2014, 292 Seiten, 12 Euro

Schiffer, Sabine/Thoden, Ronald (Hrsg.): Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen. Selbrund, Frankfurt/M. 2014, 316 Seiten, 16,80 Euro

Strutynski, Peter (Hrsg.): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. PapyRossa, Frankfurt/M. 2014, 218 Seiten, 12,90 Euro

Hervorgehoben wird mehrfach die Verbindung der Partei Swoboda mit der NPD. Dass sich die NPD wie viele faschistische und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen in Europa im Ukraine-Konflikt auf die Seite Russlands gestellt hat, erfährt man nicht, auch nicht, dass in der Ost-Ukraine in den separatistischen Republiken russische Nazis kämpfen und politisch tätig sind. Vom Antisemitismus auf russischer und ostukrainischer Seite ist nichts zu lesen, auch nichts davon, dass aus dieser Richtung den führenden PolitikerInnen der Ukraine vermeintliche oder tatsächliche jüdische Herkunft zum Vorwurf gemacht wird, wie ich schon selbst in Frankfurt am Main zu hören bekam und im Internet vielfach bestätigt fand.

Anschaulich dargelegt wird, dass US-amerikanische Geopolitiker seit mehr als einem Jahrhundert dafür plädieren, die Randregionen Eurasiens zu kontrollieren und Kontinentalmächte wie Russland einzudämmen. Doch kein Wort darüber, dass auch in Russland geopolitisches Denken eine große Rolle spielt. Im Eurasismus, einer in Russland verbreiteten Ideologie mit einer wachsenden Anhängerschar auch anderswo, verbindet sich das geopoliti-

sche Ziel eines eurasischen Blocks unter russischer Führung mit einer extrem autoritären, völkischen und ausdrücklich illiberalen anti-individualistischen Ideologie.

■ Annexion?

Von Wolfgang Bittner und in den beiden Sammelbänden wird bestritten, dass Russland die Krim annektiert habe, mit Berufung auf den vielzitierten Artikel von Reinhard Merkel in der FAZ (8.4.2014). Laut Eckart Spoo habe Merkel „schlüssig dargelegt, dass keine Annexion vorliegt und das Russland das Völkerrecht nicht verletzt hat.“ (*Medienkrieg gegen Russland*, in *Spiel* S. 189), was auch häufig in politischen Diskussionen zu hören ist. Der Artikel, den einige in der Friedensbewegung wie eine Ikone vor sich hertragen, liefert jedoch keinen völligen Freispruch Russlands. Merkel spricht nicht von Annexion, weil er Sezession und Beitritt zu Russland strikt voneinander separiert. Trotzdem beurteilt er die Präsenz russischer Truppen außerhalb ihrer Pachtgebiete als völkerrechtswidrig. Sebastian Range (in *Visier*) zitiert im Gegensatz zu anderen Merckels zentrale Passage vollständig.

Jürgen Wagner urteilt über die russischen Gegenmaßnahmen gegen die versuchte Integration der Ukraine in die westliche Einflussosphäre, dass „es absolut nichts zu beschönigen“ gibt, denn „auch Russland hat in der Ukraine ausschließlich seine nationalen Interessen und nicht das Wohl der Bevölkerung im Blick.“ (in: *Spiel*, S. 136) Über die Einverleibung der Krim urteilt David Goessmann: „Beide Aneignungen von Territorium, ob nun Krim oder Guantánamo, sind widerrechtlich und kriminelle Akte. Die Angliederung der Krim an Russland verstößt gegen die UN-Charta und diverse Verträge, daran ändert auch ein Referendum nichts.“ (in: *Visier*, S. 246)

Abgesehen von solchen Urteilen überwiegt in den beiden Sammelbänden und in Bittners Buch das Wohlwollen gegenüber der russischen Seite. Das Geschichtsbild ist zuweilen klar sowjetisch geprägt. Lühr Henken (in: *Spiel*) erwähnt, dass Russland und die Sowjetunion sich mehrmals gegen imperialistische Aggressionen zur Wehr setzten. Kein Wort davon, dass Russland und die Sowjetunion nach Phasen der Schwäche ihrerseits imperialistisch expandierten, 1939/40 sogar in Kooperation mit Nazi-Deutschland.

Dass die Sowjetunion totgerüstet wurde (S. 155), stimmt. Doch ist es nicht erwähnenswert, dass das Imperium auch kollabierte, weil die Menschen in den Satellitenstaaten und in einigen Sowjetrepu-

bliken mehrheitlich nichts mehr vom Sowjetimperium wissen wollten – und auch heute Angst vor russischer Expansion haben?

Sätze wie: „Bandera starb infolge einer sowjetischen Geheimdienstoperation.“ (Ulrich Schneider, in: *Spiel*, S. 68) klingen wie offizielle DDR-Verlautbarungen zwecks Verschleierung. Dass und wie der sowjetische Geheimdienst KGB den Faschistenführer 1959 in München umbrachte, kann bei Reinhard Lauterbach (in: *Visier*, S. 16) und Kurkow nachgelesen werden.

Klare Orientierung bietet das mit zahlreichen Farbfotografien ausgestattete Buch von Brigitte Queck: „In dieser Situation müssen wir uns, wie schon führende Vertreter des Deutschen Freidenkerverbandes in der ‚jungen Welt‘ vom 7.4.2014 aufrufen, endlich ohne Wenn und Aber zu Russland bekennen.“ (S. 104) Häufige Passagen in Großbuchstaben oder Fettdruck, versehen mit doppelten Ausrufezeichen, erleichtern die Aufnahme der politischen Botschaft. Im Anhang, der mehr als die Hälfte des Buches ausmacht und die Thesen der Autorin stützende Beiträge dokumentiert, finden sich Artikel aus der *Jungen Welt*, Reden von Putin und dem russischen Außenminister Lawrow und allerlei Internetmeldungen. Dort erfährt man im Fettdruck, dass „das zionistische Apartheidregime eine treibende Kraft hinter den blutigen Unruhen in der Ukraine“ und es „historisch gesehen gar nicht so ungewöhnlich“ sei, dass „Zionisten ... mit Nazis gemeinsame Sache machen.“ (S. 134 f.) Differenziertes zum Beziehungsgeflecht zwischen Israel, Russland und der Ukraine dürfte man eher anderswo finden.

Witt-Stahl (*Unter falscher Flagge. Wie aus „Antifaschismus“ Kriegspropaganda* wird, in: *Spiel*) setzt sich mit antideutschen Positionen auseinander. Sie und Strutyński distanzieren sich von den Montagsdemonstrationen der Friedensbewegung 2014. Trotzdem lässt sich beobachten, dass über die neurechten Montagsmahnwachen und leninistisch-altlinke Teile der Friedensbewegung hinaus in Deutschland, aber auch europaweit ein noch wesentlich breiteres Spektrum zusammenwächst.

■ Russisch versus Russländisch

Bittner und Queck dokumentieren die aufschlussreiche Rede Putins anlässlich der Inkorporation der Krim. Genüsslich und rhetorisch brillant konfrontiert Putin den Westen mit seinen vorherigen Völkerrechtsverletzungen und politischen Fehlern. Putin beschwört nicht nur die ge-

meinsame Geschichte Russlands und der Krim. Er bedauert, dass die heutige Südostukraine der Ukraine angeschlossen wurde, beruft sich auf das mittelalterliche Großreich der Rus, nennt Kiew die Mutter aller russischen Städte und spricht von Wiedervereinigung des geteilten russischen Volks – eine unverhüllte Drohung mit möglichen weiteren Territorialforderungen. Selbst Willi Gerns (in: *Spiel*, S. 53) erkennt nationalistische Töne „in der ansonsten argumentativen Rede“. Putin verkündete: „In der Ukraine leben heute Millionen russische und russischsprachige Menschen und Russland wird ihre Interessen immer mit politischen, diplomatischen und juristischen Mitteln verteidigen.“

Genau gegen diese unerbetene Fürsorglichkeit wendet sich vehement Andrej Kurkow. In seinem *Ukrainischen Tagebuch* notierte und kommentierte er tagesbuchartig, seine Wohnung in unmittelbarer Majdan-Nähe nutzend, die Ereignisse von November 2013 bis April 2014, ergänzt durch ein hilfreiches Glossar. Er ist einer der von Putin erwähnten ethnischen Russen und schreibt auf Russisch. Doch politisch bekennt er sich zum ukrainischen Staat und lehnt jeden Anspruch Russlands auf Bürger der Ukraine ab. Er insistiert auf der Beachtung des Unterschieds zwischen der russischen (russ.: *russkij*) Ethnizität und Sprache einerseits und dem russländischen (russ.: *rossijskij*) Staat andererseits. Russland geißelt er als gefährlich, aggressiv und kriegslüsternd. Auffällig ist, dass Kurkow die russischen Nazis in der Ost-Ukraine anprangert, aber Swoboda und den Rechten Sektor bei aller Kritik an ihren Exzessen nur als radikale Nationalisten und Banditen-ähnlich einstuft, nicht als Faschisten oder Nazis. Während andere die antijüdischen Massaker der Bandera-Bewegung und ihre Kollaboration mit Nazi-Deutschland betonen, verharmlost Kurkow Bandera als Nationalisten und erwähnt als Gewalttaten nur seine Terrorakte gegen den polnischen Staat, darunter die Ermordung des polnischen Innenministers. Die Übersetzung des Buchs von Kurkow wurde finanziell ermöglicht von der *Arseniy Jatseniuk „Open Ukraine“ Foundation*.

■ Soziale Forderungen nationalistisch umgebogen

Kiew Unabhängigkeitsplatz von Roman Danyluk ist mit Abstand das informativste der besprochenen Bücher. Hilfreich sind Zeittafel und Glossar. Danyluk ist weder für den ukrainisch-nationalistischen noch für den russischen Nationalismus und Antisemitismus blind. Zu Swoboda schreibt

er: „Abgelehnt werden die sogenannten ‚europäischen Werte‘, das heißt für die ukrainischen NationalistInnen vor allem die Ablehnung von Liberalität sowie von Rechten für Homosexuelle und Minderheiten. Es ist dabei schon eine bittere Ironie der Geschichte, dass die antirussischen ukrainischen NationalistInnen für Vorstellungen von einem Staat kämpfen, der in Russland durch die Putin-Regierung bereits weitgehend Realität geworden ist.“ (S. 69) Er konstatiert auch im Hinblick auf die fehlende Toleranz gegenüber Andersdenkenden „eine starke Wesensverwandtschaft der ukrainischen Ultrarechten mit Putin, ihrem angeblich ärgsten Feind“. (S. 93) „Die massive Beteiligung russischer Rechtsextremisten oder reaktionärer Kosaken am ukrainischen Bürgerkrieg macht die Propaganda aus dem Kreml, die SeparatistInnen seien ‚antifaschistische Kämpfer‘ nur umso bizarrer.“ (S. 133)

Danyluk konstatiert, dass die sozialen Forderungen, die anfangs noch sowohl in der Majdan- als auch in der Anti-Majdan-Bewegung erhoben wurden, „zu einem Kampf zwischen zwei gegnerischen Nationalismen umgebogen worden sind.“ (S. 122) Die Majdan-Mehrheit sei nicht faschistisch gewesen, aber dem Rechten Sektor wurde die Rolle als Speerspitze überlassen und Faschisten wurden keineswegs geächtet, sondern akzeptiert. Danyluk spricht von „Annexion“ der Krim S.

87), das Referendum sieht er als „durchsichtiges politisches Manöver“ und als „Farce“ (S. 103), beobachtet von einer „eigentümlichen Mischung“ aus StaatsbürgerInnen Russlands, Abgeordneten der deutschen Linkspartei und Mitgliedern von Parteien wie dem *Front National* und der FPÖ.

An die Linke im Westen gerichtet schreibt Danyluk: „Die Argumentationslinie, in der behauptet wird, dass die Bewegung auf dem Majdan lediglich von außen finanziert und komplett gesteuert sei, entmündigt die Millionen Menschen, die gegen ein autokratisches System aufgestanden sind. ... Keiner dieser selbstgefälligen ‚DurchblickerInnen‘ muss in einem Land leben, das von einem Janukowytsch, Lukaschenko oder Putin regiert wird.“ (S. 112) „Es wäre fatal zu glauben, im Ukraine-Konflikt eine ‚richtige‘ Seite bzw. ‚ein kleineres Übel‘ wählen zu können. Wenn Linke im ukrainischen Machtgerangel dennoch eindeutig Partei ergreifen, und dies entweder mit dem auf dem Majdan geforderten ‚nationalen Selbstbestimmungsrecht‘ oder auf der anderen Seite mit einer angeblich ‚antifaschistischen‘ Stoßrichtung der Putin-Regierung begründen, zeigen sie nur einmal mehr, dass sie Teil des Problems sind.“ (S. 143)

Gernot Lennert ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Hessen.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon 07824-6646794, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail anzeigen-zc@dfg-vk.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: zweimonatlich, sechs Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 7. Dezember 2014. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2015, Redaktionsschluss ist der 22. Januar 2015.

Die pazifistische Grundsatzklärung

**Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.**

0514

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



